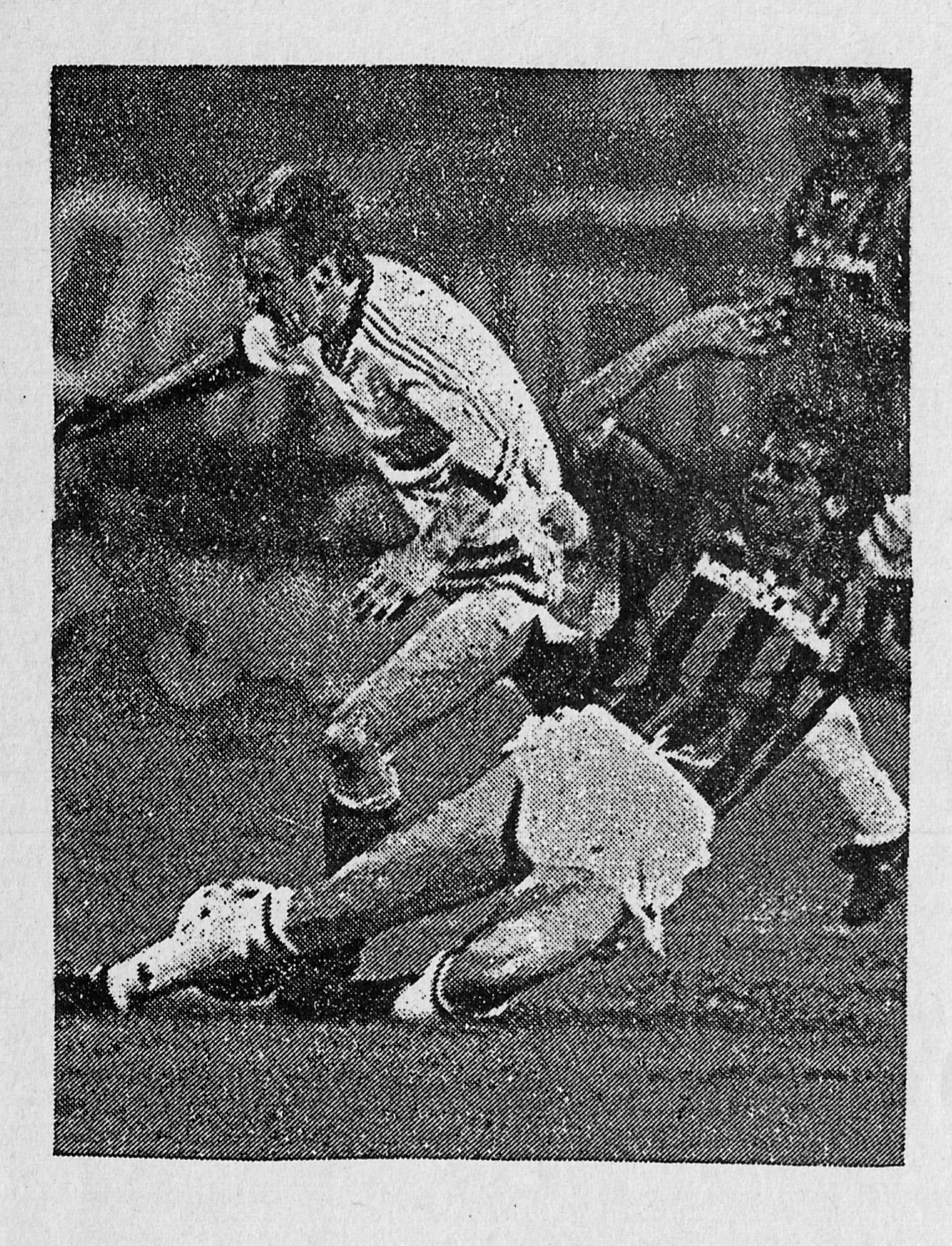
Kalender an der gestrichelten Linie ausschneiden, über den Küchentisch oder über das Bett hängen



Nr. 98 *und jeden Morgen nach dem Aufwachen ein Türchen öffnen.* **12. April 1990**

Eine solche nicht-kollektive und nicht-verantwortliche Militanz, bei der es Männern nur darum geht, sich selbst und ein paar Kumpels zu zeigen, was für tolle Kerls sie sind, lehnen wir ab - auch wenn der Stein die Richtigen trifft. Wir stellen die Frage, ob Militanz von unserer Seite nicht auch deshalb zum Selbstzweck wird, weil es statt um Aufbau von Gegenmacht es Szene-Männern mehr um bloßes Kräftemessen mit der Gegenseite geht. Die Randale am letzten 1. Mai war auch, aber nicht nur, ein Krieg von Männern gegen Männer.



Hierbei ist für uns klar, daß die Bullen ein legitimes Angriffsziel sind. In ihren Reihen sind sicher die "größeren" Sexisten zu finden. Ihr hierarchisch durchstrukturierter Apparat verteidigt wie jeder Militärapparat das Patriarchat. In jedem Krieg werden Frauen systematisch von Soldaten vergewaltigt. Genauso systematisch ist die sexistische Anmache von Bullen gegnüber Frauen auf Demos, oder die gezielten und brutalen Angriffe der Bullen auf die Frauendemo am 8.März oder auf die Frauen-U-Bahnaktion im letzten Jahr. Nicht umsonst gibt es die Verbindung zwischen Bullenberuf, Mannsein und REP-Wähler. Dies nur als Klarstellung, daß wir in der Lage sind Unterscheidungen zu treffen.

Dennoch: Auch in unserer Szene gibt es immer wieder Fälle von sexistischer Anmache bis hin zur Vergewaltigung. Am 1.Mai letzten Jahres gab es da einiges am Rande des Kampfgeschehens, was sich nicht davon trennen läßt. Zwei Vorfälle seien in Erinnerung gerufen: Der eine in der U-Bahn, mitgehört bei zwei harten Kämpfern, die auf dem Heimweg waren - O-Ton:"...und jetzt noch 'ne Frau!". Der andere an einer Sani-Stelle, wo sich eine Sani-Frau, nachdem sie zu besoffenen, verletzten Typen gesagt hat, sie sollten nach Hause gehen, sexistische Beleidigungen anhören mußte. Wir fragen uns (nicht zum ersten mal und nicht alleine), was wir mit solchen "Kämpfern" zu tun haben.

Nun noch zu einem anderen Thema: Im Verlauf der Mai-Demo im letzten Jahr haben auch Männer den ein oder anderen Sexshop plattgemacht, oder nochmal einen Stein nachgelegt, wenn der Frauenblock das schon erledigt hatte. Nicht daß wir was gegen eingeschmissene Sexshops hätten - ganz im Gegenteil. Nur: Wenn Männer solche Aktionen machen, sind wir erst einmal skeptisch. Wir zweifeln einmal ganz frech an, daß die Männer, die die Sexshops plattgemacht haben, wirklich so r a d i k a l mit dem patriarchalen System gebrochen haben, wie solche Aktionen den Eindruck erwecken (sollen). Jungs, überlaßt das doch einfach den Frauen, die kommen da schon ganz gut ohne uns klar. Stattdessen von uns ein anderer Vorschlag: Zuerst eine Auseinandersetzung darüber, was wir als Szene-männer mit Sexshops zu tun haben, und dann Öffentlichkeitsarbeit, die gerade solche Angriffe gegen Sexshops zu vermitteln versucht. Klar: das hört sich erst mal wenig heldenhaft an, wäre aber sicher nicht weniger radikal-antipatriarchal als Scheiben einschmeißen.

Für einen heldenfreien 1.Mai!

GEDANKEN ZUM 1.MAI

liebe interims
im folgenden will ich ein paar gedanken,
insbesondere zum I.mai,loswerden welche
mangels zeit und auch aus einer tiefen
resignation herraus kaum durchdacht und
somit sicher nicht druckreif sind.vielleicht
kann der eine oder die andere redakteurin
mit teilen dieses briefes etwas anfangen.
wir werden sehen.
zur gewaltfrage:
meiner ansicht nach wäre eine "einfache
wiederholung"der riots (87,88,89_9o)
einer der größten fehler welche die linke
hier in so36 begehen könnte.in dieser historischen
situation (brd/ddr-osteutopa)haben wir
doch nur die wahl zwischen einem"friedlichen"
I.mai oder einem angriff,der alles bisher
dagewesene in den schatten stellt.
ob wir jedoch wirklich die wahl haben hängt
allerdings auch von den bullen ab,die sivh
vielleicht mehr als in den jahren zuvor
im hintergrund halten werden.
von uns offensiv geführte kämpfe-also angriffe-
sollten an verschiedenen orten jenseits des
festes geführt werden.es darf nicht der
eindruck entstehen wir würden "niedergemacht".
die festbesucher/innen müssen frei entscheiden
können zu kämpfen oder weiter zu feiern
-dann und nur dann werden sie uns xx unterstützen.
bei kämpfen um das fest herum kann ein
freiraum entstehen den auch die besucher/innen
nicht mehr aufgeben wollen.der eindruck:
ohne kampf wird das fest zerschlagen.
noch mehr gedanken sollten wir uns jedoch
machen wie zu reagieren ist sollte das
fest verboten werden.
bei einem verbot ne scherbendemo auf m kuh-damm
wäre prima.eine xxxxx genehmigung hätten wir
dann aber trotzdem nicht.denkbar wäre,
die revolutionäre mai demo auf dem lauseplatz
zu beenden und somit das fest zu eröffnen.
aber die verkaufs-und infostände,die für ein
fest nötig wären,hätten wir dann immer noch nicht.

hungerstreik/zl
ein wichtiger bestandteil der demo und des
festes muß der hungerstreik in spanien und
der brd sein. die situation in den spanischen
knästen spitzt sich immer weiter zu.
denkbar ist auch,daß mit der ermordung des/der
ersten gefangenen aus pce oder grapo die gefangenen
aus raf und widerstand erneut in einen unbefristete
hs treten werden.dies ist nicht unwarscheinlivh
denn sollte die zl nicht bald erreicht werden
wird sie wahrscheinlich über jahre hinweg
nicht mehr erreichbar sein.
eine breite unterstützung VOR diesem MÖGLICHEN
hs ist mehr als nötig.
genauso hafenstraße:
das bewußtsein und unsere bereitschaft zum
kampf hat deutlich abgenommen.eine räumung
wird nicht nur von tag zu tag wahrscheinlicher
sondern schlimmer noch:möglicher.
NACHHER zu heulen und den q-damm zu entglasen
nützt nix.solidarität mit den genoss/innen
aus hamburg muß sichtbar werden-auf der demo
und auf dem fest.
kein mensch sieht mehr FÜR was eine autonome
linke eintritt.hungerstreik und/oder hafenstraße
sind zwei "dinge" für die es sich lohnt zu
kämpfen,die eine perspektive sein können.
auf jeden fall besser als das dauernde
jammern:"die bullen haben zuerst angegriffen".
wir sehen möglicherweise unserem "untergang"
entgegen,doch liegt es an uns die HERRschenden
noch einmal zu erschrecken oder sogar das
blatt zu wenden.
auf einen kraftvollen ersten ersten mai
im neuen jahrzehnt.
venceremos wb6.4.

WIR STELLEN AN DIE HERRSCHENDEN KEINE FORDERUNGEN ...

WIR STEHEN EINFACH NUR DUMM RUM

(IM ORGINAL: WIR SIND EINFACH NUR DA)

Liebe Leute,
als ich den Aufruf zum 1.Mai laß, blieb mir zum Teil einfach die Spucke weg - nicht nur aufgrund des oben (leicht verändert) zitierten Satzes.
Sicher freut es mich, daß diesmal nicht so großkotzig mit Begriffen wie Revolution und Klasse rumgeklotzt wird, aber muß mensch als Alternative gleich mit dieser blumigen Sprache loslegen, die genauso mit Begriffen um sich wirft? "Trotz und Träume, Wut und Widerstand" - schön gesagt, aber was heißt das konkret? Würde uns zur Zeit nicht eine vorsichtigere Sprache mehr zu Gesicht stehen? Weniger sprachgewaltig, dafür mehr die Fragen aufwerfend, die uns im Kopf rumgeistern, die vagen Spuren und Gedankenstränge benennend, an denen wir zur Zeit langdiskutieren und hoffen, zu finden, wie und wo's weitergeht.

Denn erstmal stehen wir stark verunsichert inmitten der lokalen und weltweiten Ereignisse, die die Welt zur Zeit erlebt. All die Rahmenbedingungen (Ost-West-Konflikt; nationale Befreiungskämpfe im Trikont; etc.) in denen wir uns die letzten 10 - 22 Jahre bewegt haben, lösen sich auf und setzen sich neu zusammen.
Unser Weltbild bricht deswegen nicht zusammen, da wir mit dem "neuen Antiimperialismus" schon länger kein Freund der "neuen Nationalstaaten" waren und doch war und ist Nicaragua irgendwie "unser Ding". Und kaum einer von uns gehörte zum Fan-Club der Machthaber in Ost-Berlin und Moskau, und doch ermöglichte der Ost-West-Konflikt unser Kreuzberg und z.B. das kriegsdienstfreie Westberlin. Und "irgendwie" hielt ich doch die DDR (wenigstens "historisch materialistisch gesehen") für das letztlich fortschrittlichere Gebilde.

In dieser Situation halte ich es für völlig ungenügend, unsere Haltung des "dagegen-seins" als letzten und einzigen Inhalt zu kultivieren, nur noch ein "Wir sind einfach da und dagegen". Wenn das alles ist, was wir den Menschen und uns noch mitzuteilen haben, sind wir heute abend noch (und nicht erst morgen früh) weg vom Fenster.
Im Augenblick halte ich es für total wichtig, Inhalte und Forderungen zu benennen, auch wenn sie noch nicht ausgereift sind und nicht immer vor der "reinen Lehre" bestehen können: zum Beispiel: "West-Löhne im Osten und Ost-Mieten im Westen".

Ihr zählt eine ganze Latte weltweiter Kämpfe (von Italien über's Baskenland und Südafrika nach El Salvador) auf, doch bestehen diese Kämpfe nicht aus konkreten Forderungen? Wird in El Salvador nicht mit dutzenden - z.T. taktischen - Forderungen operiert und sich sogar mit Militärs zu Kriegsverhandlungen an einen Tisch gesetzt?
Um bei euren Beispielen zu bleiben: ein Streik bei Daimler-Benz hier fände kaum um des Streiks an sich willens statt, sondern um die konkreten Forderungen der KollegInnen in der Türkei zu untertsützen.
Und bei Adler wurde nicht aus Spaß an der Freude gezündelt, sondern um konkrete Lohn- und inhaltliche Forderungen der streikenden Frauen in Süd-Korea zu unterstützen.

Hier stellt sich uns die schwierige Aufgabe, jenseits von "Hau weg den Scheiß" herauszubekommen, **was wir hier jetzt wollen**, welche Forderungen für einen Miet- und Häuserkampf aller Menschen in dieser Stadt wir uns vorstellen können. Das kann die Forderung nach Enteignung aller Mietshäuser und Mietswohnungen sein, ihr überführen in Gemeineigentum und ihre Verwaltung durch möglichst kleinteilige Genossenschaften der BewohnerInnen. Kein Pfennig mehr Miete als die Instandhaltunskosten; u.s.w.. Oder zur weiteren Ausgestaltung Europas: sofortige Abschaffung der Wehrpflicht in Ost und West; Entmilitarisierung ganz Europas; Abschaffung aller Armeen und Geheimdienste; Staats- und Verfassungsschutz in den Kohletagebau; Öffnung der Grenzen für alle Menschen; etc..
Es ist gerade in der jetzt entstandenen Situation wichtig, auszuformulieren was wir wollen und dies offensiv nach außen zu vertreten; und uns nicht nur negativ an den Schweinereien der Mächtigen abarbeiten.

ibrahim

DISKUSSIONSPAPER ZU STALINISMUS, LENINISMUS, TROTZKISMUS, ETC.

Dieser Artikel bezieht sich in keinster Weise auf den neuen"Spiegel", die Idee das hier zu schreiben entstand zwei Wochen vor erscheinen jenes Schmierblattes.
Wenn's um Bündnispolitik von uns, den sich dem Anarchismus nahe fühlenden Menschen, mit kommunistischen Organisationen/Gruppen geht, dann werden grundsätzliche Differenzen,die es unterschwellig gibt, (oft in anpissender Art und Weise) im Rahmen von oberflächlichen Diskussionen (Verhältnis zum DGB,zur 'ArbeiterInnennklasse',zur 'Organisierung'...) ausgetragen.
Einen von vornherein klaren Standpunkt,der auch ne gegenseitige Toleranz oder Abgrenzung für eine Bündnispolitik möglich macht gibts bisher nicht (jedenfalls haben wir ihn nicht mitgekriegt).
Zurückzuführen ist dieses mitunter auf die noch immer gehegten Hoffnungen vieler Menschen (auch solcher sich als autonom Begreifenden!),daß in den real existierenden sozialistischen Staaten die Ideale des Sozialismus irgendwann einmal umgesetzt werden würden. Diese Hoffnung basiert(e) weniger auf einer politischen Analyse als vielmehr auf einer gefühlsmäßigen Sympathie für die so gesehene Gegenmachtstellung der SU gegenüber den westlich, imperialistischen Staaten.
Am 1.Mai werden wieder die roten Fahnen mit den üblichen fünf(vier) Köpfen darauf so manches Auge provozieren. Unsere zumindest!! In diesem Zusammenhang wurde zwar schon oft genug die (gerade seit den Novemberereignissen von den bürgerlichen Medien hochstilisierte) Stalindiskussion ausgestaubt daß er ein Diktator,Massenschlächter,eben ein Schwein übelster Sorte war, was wir allerdings auch so sehen.Aber wenn frau/mann sich die Geschichte genauer reinzieht,dann dürfen Lenin und Trotzki auch nicht zu kurz kommen. Das waren nämlich ebenso große Schweine! Lenin hat gleich nach seiner Machtübernahme gegen alle AnarchistInnen und jegliche Versuche der Selbstorganisation innerhalb der Fabriken und in den Dörfern einen Vernichtungsfeldzug gestartet.(Zerschlagung des Kronstädter Aufstand, Zerschlagung der Machnobewegung in der Ukraine,Unterdrükkung aller ArbeiterInnenselbstorganisierungen,etc.).
Trotzki hat die Pläne dafür ausgearbeitet und sie dann umsetzen lassen("Endlich befreit die Sowjetmacht Rußland mit eisernem Besen vom Anarchismus",1918). Der Weltöffentlichkeit haben sie das als Feldzug gegen "Konterrevolutionäre"und"Verbrecher" verkauft
Es müssen nach offiziellen Angaben über 2oo.ooo AnarchistInnen bzw. AnhängerInnen in dieser Bewegung gewesen sein, die in Konzentrationslager, nach Sibirien oder auf die Todesliste kamen. Inoffiziell liegen diese Zahlen um ein vielfaches höher.
Stichwort Kronstadt,Machnobewegung Es handelte sich nicht "nur" um kleine anarchistische Zirkel, sondern bis 1921 um eine breite Massenbewegung, vor allem in der Ukraine.
Aber hier wollen wir aufhören. Wer es dennoch nachlesen will hier einige Literaturhinweise:

- Volin,"Die unbekannte Revolution"
- Arschinoff,"Die Machno-Bewegung"
- Jartschuk,"Der Kampf gegen den Staat"
- Mett,"Der russische Bauer in der Revolution und danach"



Wer,Wie,Was,Wie Geht Das?
Das System was Lenin, Trotzki und Konsorten aufgebaut hatten, wurde unter Stalins HERRschaft konsequent weiterentwickelt. Die Macht über und das Eigentum an Produktionsmittel und die Initiative liegt seit der Übernahme der Macht durch die Bolschewiki bei der zentralistisch organisierten Regierung.
Ebenso wie in den westlichen, kapitalistischen Staaten, steht die arbeitende Bevölkerung in einem Aubeutungs- und Unterdrückungsverhältnis gegenüber der herrschenden Machtclique. "Ein geistreicher deutscher Sozialdemokrat der 7oer Jahre des vorigen Jahrhundert bezeichnete die Post als Muster sozialistischer Wirtschaft.Das ist durchaus richtig. Gegenwärtig ist die Post ein Betrieb, der nach dem Typ des staatskapitalistischen Monopols organisiert ist.(...). Unser nächstes Ziel ist, die gesamte Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren." (W.I.Lenin, Staat und Revolution, S.60)
Für uns sind diese ökonomischen Verhältnisse jedoch nur Symptome patriarchaler HERRschaftsverhältnisse. Wir sitzen nicht dem Trugschluss auf, daß einmal übernommene Macht und die damit zwangsläufig verbundenen Privilegien, nach marxistisch/leninistischem Ansatz, stückchenweise abgebaut werden, sondern im Gegenteil mit hilfe des Staatsapparates durchgesetzt und langfristig jeden Emanzipationsprozess der Massen verhindert. Es waren und sind immer noch Männer die sich dieses System ausgedacht haben und davon hauptsächlich profitieren. Sei es nun das sie niedrigere Löhne für bestimmen, die monogame Ehe propa-



gieren, die weibliche Hausarbeit und Kindererziehung, oder Frauen ihre Selbstbestimmung über die Reproduktion der Gattung absprechen (z.B.§218),etc.
Wenn heute Gruppen oder Organisationen sagen, sie bekennen sich zu dem, was hinter dieser Art von Machtpolitik steht, so wollen wir ihnen unseren anarchistischen Standpunkt entgegenhalten, der eigentlich aus einer gemeinsamen Diskussion entwickelt sein sollte und mit offenen Karten die Bedingungen für eine Bündnispolitik mit ihnen festlegen. Diese können somit also nur taktischer Natur sein.
Eine ähnliche Frage stellt sich für uns auch, wenn wir uns mit internationalen Kämpfen solidarisieren wollen. Zwar wollen wir Völker in ihren Kämpfen gegen die imperialistischen Unterdrücker und Ausbeuter (die ja hier bei uns in der Metropole sitzen!) unterstützen,doch sind es meist Befreiungsorganisationen mit marxistisch/leninistischer, maoistischer oder sonstiger (Macht-)Ideologie,welche den Befreiungskampf "führen".
Was wir brauchen ist folglich eine neue Bestimmung des Begriffs der Solidarität.
Wir wollen uns keine anderen Standpunkte aufdrücken lassen, wobei unsere Inhalte verschwimmen oder gar ganz verschwinden, nur um breite Bündnisse, wie z.B. im letztjährigen Hungerstreik geschehen, zu erreichen,sondern offensiv anarchistische Positionen vermitteln und umsetzen.

FÜR EINE HERRSCHAFTSFREIE GESELLSCHAFT

BRINGT EURE EIGENEN KÖPFE MIT (STATT LENIN,STALIN,...)

HERAUS ZUM REVOLUTIONÄREN 1.MAI!!!

die süssen drei,
aus der schokobäckerei



1.MAI: TRAUM ODER TRAUMA

Nicht heim ins Reich, sondern raus auf die Straße!

Wir wenden uns an 'die Linke' in Berlin: Engagiert Euch, klinkt Euch ein! Jetzt, im Vorhinein, und nicht erst als KommentatorInnen der "Ereignisse" im Nachhinein: Für einen starken, offensiven 1.Mai!
Wir denken, es gibt derzeit in Berlin keine Gruppe, die für sich alleine in der Lage wäre, eine große Demo auf die Beine zu bringen. Was wir brauchen, ist ein Bündnis möglichst vieler Gruppen und Menschen, aller derer die sich links verstehen, die sich die Lust zu Leben und Widerstand auch von täglich Kohl nicht nehmen lassen. Wir wollen eine Demo für Alte und Junge, Dicke und Dünne, Frauen und Männer, AusländerInnen und Deutsche, Kinder und Eltern, Gesunde und Kranke. Und wir wollen niemand ausgrenzen, wir wollen keine Spaltungen und Lähmungen unter uns, wir halten auch nichts von internen Kleinkriegen um die einzig wahre Linie. Wer mitmachen will, soll mitmachen!
Wir wünschen uns den 1.Mai als Ausdruck kontinuierlicher politischer Arbeit, und das heißt auch von Protest und Widerstand. Die im Aufruf zum 1.Mai beschriebene "politische Großwetterlage" und die dort beschriebenen Ausbeutungsverhältnisse entsprechen unserer Auffassung. Sicher, wir würden manches anders formulieren, aber die Richtung stimmt, fehlen tut uns allerdings der Bezug auf den Stadtteil und den 1.Mai.
Denn wir können nicht so tun, als hätte es noch nie einen 1.Mai in Kreuzberg gegeben. Es gibt eine Menge Befürchtungen. Viele würden gerne mitlaufen, wissen aber nicht, auf was sie sich da einlassen.
Wir halten es für wichtig, für diese Demo jetzt schon klar und gezielt Stimmung zu machen, Ängste zu nehmen, klar zu sagen, was wir wollen und was nicht.
Wir sollten am 1.Mai unsere politische Stärke zeigen: Wir sind da und wir sind Viele! Wir gehen auf die Straße und vertreten unsere Politik, mit Parolen, Musik, mit Flugblättern und mit Transparenten, Straßenkabarett und und und...Ein lautstarker, bunter und fröhlicher Zug durch die Straßen, in den sich an jeder Ecke mehr Menschen einreihen. Wir wollen einen 1.Mai, in dem sich nicht nur die verschiedenen Abteilungen der Linken wiederfinden, sondern eine Demo und ein Fest, das auch für die AnwohnerInnen attraktiv ist und Freu(n)de macht. Unsere Politik soll nicht als engherzige Borniertheit, sondern als fröhliche offensive Utopie und Hoffnung auf Zukunft erscheinen. Diese Richtung muß sich auch in der Mobilisierung ausdrücken.
Wir wollen eine gemeinsame Demo aller Linken, das heißt alle tragen die Demo mit und alle nehmen auch gemeinsam die Verantwortung für Demo und Fest wahr.
Eine gemeinsamer 1.Mai erfordert zuerst eine Verständigung über die Inhalte und Ziele unserer Aktionen. Wenn wir wissen WAS und WEN wir erreichen wollen, ergibt sich daraus auch das WIE.

NETZWERK GEFÖRDERT

Deshalb muß auf der nächsten VV ein Konsens über die Ziele und das Verhalten auf der Demo gefunden werden, den alle tragen können und der auch vermittelbar ist. Wir meinen das auch ganz praktisch, wie eine Frau auf der VV sagte: Wenn wir in der Lage sind, Leuten den Alkohol wegzunehmen, dann können wir sie auch hindern Container in Wohngebieten anzuzünden. Für wichtiger allerdings, als auf der Demo Ordner zu spielen, halten wir die Diskussion jetzt unter uns, wie wir den Tag wollen und wie wir es vermeiden, von der Gewaltfrage gespalten zu werden, denn: Was nütz es uns, diejenigen zu verschrecken, die wir doch gewinnen wollen. Was nützt uns eine Demo, bei der die Anwohner Fenster und Türen schließen und die Kinder von der Straße holen, "Hilfe, die Chaoten kommen!"? Was nützt uns schließlich eine Demo, bei der die Militanz nur zur eigenen Spaltung führt?
Nochmals zur Klarstellung: Uns geht es nicht um eine Anti-Krawall-Versicherung, auch nicht darum, irgendwelche Verzichtserklärungen oder Bekenntnisse zur Gewaltfreiheit einzufordern. Allerdings halten wir zum jetzigen Zeitpunkt und in der konkreten politischen Situation Militanz während Demo und Fest aus taktischen und politischen Gründen für falsch.
Wir sind aber nicht blind. Die Gewalt ging bei den letzten Demos von den Bullen aus, so die brutalen Knüppeleinsätze während der Frauendemo zum 8.März. Es ist nötig, einen Schutz für alle TeilnehmerInnen zu organisieren. Wir werden bei Demo und Fest keine Übergriffe hinnehmen! Doch der beste Schutz ist noch immer eine breite, offensiv getragene Stimmung für den 1.Mai!
Wir fordern Euch deshalb auf, in Euren Strukturen und Zusammenhängen den 1.Mai zu diskutieren und mit Euren Erwartungen und Ängsten ehrlich umzugehen. Macht eigene Aufrufe, mobilisiert in Eurem eigenem Umfeld. Für einen 1.Mai aller, die sich links von rosa-grünlich und DGB/FDGB verstehen!

Netzwerk



Einladung zu den Aktionstagen vom 21.4.-28.4.90

WEDDING LEBT - WEDDING BEBT



Aktionstage, das sind für uns Tage, in denen wir - autonome, selbstorganisierte Gruppen, Initiativen und Menschen im Stadtteil - politische Inhalte, zu denen wir arbeiten, in die Öffentlichkeit und auf die Straße tragen wollen und die Verantwortlichen direkt vor Ort besuchen.
Im Zuge des Wiedervereinigungstaumels und der verstärkten Deutschtümelei wird vieles verschwiegen, verdrängt und vergessen:

VERSCHWIEGEN,VERDRÄNGT UND VERGESSEN wird z.B. die Armut. Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfartsverbandes von November 89 stellt fest, daß in der BRD/Westberlin 6 Mio Menschen in Armut leben. Es sind hauptsächlich Frauen, alleinerziehende Mütter, RentnerInnen, AusländerInnen, Kranke, Behinderte, Langzeitarbeitslose und StudentInnen. Der Abbau der Sozialleistungen und das neue Statistikmodell in der Sozialhilfe ist die Antwort der Regierenden darauf.

VERSCHWIEGEN, VERDRÄNGT UND VERGESSEN wird, daß dieser Sozialabbau wieder in erster Linie die Frauen treffen wird. Statt (Existenz-) Absicherung für alle gibt es Gebärprämien mit der Auflage, sich vom Arbeitsmarkt fernzuhalten. Vom Leben mit Sozialhilfe und ohne Chance auf einen existenzsichernden Arbeitsplatz nach Ablauf des Erziehungs-/Familiengeldes wird in diesem Zusammenhang nicht geredet.

VERSCHWIEGEN, VERDRÄNGT UND VERGESSEN wird auch, daß Frauen immer noch und immer wieder mehr Gewaltandrohungen auf offener Straße ausgesetzt sind.
VERSCHWIEGEN, VERDRÄNGT UND VERGESSEN werden die Frauen, die sich nicht trauen, abends allein ins Theater, Kino oder gar in die Kneipe zu gehen, weil sie Angst haben, sich einem Spießrutenlauf von der U-Bahn nach Hause auszusetzen.

VERSCHWIEGEN, VERDRÄNGT UND VERGESSEN werden Behinderte, die chronischer Unterversorgung ausgesetzt sind, denen im Zuge des Sozialabbaus zum Beispiel die Fahrtcoupons gekürzt werden sollen, so daß sie in der Öffentlichkeit noch weniger sichtbar werden. Pflegestunden werden abgebaut - wer mehr benötigt, der/dem wird Heimaufenthalt angedroht.

VERSCHWIEGEN, VERDRÄNGT UND VERGESSEN wird, daß faschistische Parteien immer offener ihre menschenfeindliche Hetze propagieren dürfen und somit AusländerInnen und Frauen verstärkt ihren Angriffen ausgesetzt sind. Gleichzeitig liegt ein neues "Ausländergesetz" (Schäuble-Entwurf) vor, der dieser Hetze gesetzliche Grundlage gibt und somit **Rassismus** gesetzlich macht.

VERSCHWIEGEN, VERDRÄNGT UND VERGESSEN wird, daß das bundesdeutsche Kapital seit Jahren riesige Gewinne macht. Dies ging und geht nur durch Verschärfung der Arbeitsverhältnisse der ArbeiterInnen und JobberInnen. Ihre Interessen werden gegen sogenannte gesellschaftliche ("Europa '93", "Wiedervereinigung", "sozialer Frieden") ausgespielt, damit gemeinsame solidarische Kämpfe die Kapitalherrschaft nicht gefährden.

VERSCHWIEGEN, VERDRÄNGT UND VERGESSEN werden Menschen, die sich gegen diese Verhältnisse wehren. Knast und Psychatrie ist allzuoft die Antwort auf Widerstand.
VERSCHWIEGEN, VERDRÄNGT UND VERGESSEN werden auch die Menschen, die sich verweigern, die nicht mehr mitspielen, nicht "funktionieren". Alkohol und Tabletten sind das, was ihnen gelassen wird, damit sie ihre Wut nicht gegen die richten, die von diesen Verhältnissen profitieren.

Uns ist es wichtig, diese Themen mit Menschen im Wedding zu diskutieren und unsere Solidarität gemeinsam zu praktizieren. Durch den Fall der Mauer wird Berlin ein neues Gesicht bekommen.



Viele Dinge werden sich rasant ändern, doch dürfen wir nicht zulassen, daß dieses Gesicht zur **Fratze** wird. Stadtteile werden umstrukturiert, um sie so für das Kapital verwertbarer zu machen. Der Wedding soll zu einem riesigen Einkaufszentrum degradiert werden. Die Menschen, die ihn jetzt bewohnen, werden leuchtenden Reklameschildern und vollen Schaufenstern weichen müssen und in die Außenbezirke verdrängt werden. Kiezstrukturen werden weiter zerstört - Menschlichkeit verfällt zu Anonymität und Isolation in Betonghettos.

Bananen scheinen ein **neues Symbol von Freiheit** geworden zu sein. Die meisten Länder, aus denen diese "Freiheiten" kommen, sind "unfrei". 500 Jahre Ausbeutung der Rohstoffe und der Arbeitskräfte in den Ländern der sogenannten "3.Welt" haben diese Länder abhängig gemacht vom Kapitalinteresse der westlich-kapitalistischen Industrieländer. Jetzt, wo neue Märkte in Osteuropa geöffnet wurden, werden sie in ihrem hier erzeugten Elend zurückgelassen.

In diesem Jahr wird zum x-ten Mal der **1.Mai** gefeiert und in fast allen Ländern werden Millionen Menschen auf die Straße gehen. Doch das allein heißt nicht viel. Denn schon von Anfang an haben sich verschiedene politische Gruppen auf dieses Datum bezogen und in ihre unterschiedlichen Traditionen einverleibt. So feiert die offizielle "ArbeiterInnenbewegung" dieses Datum in Ost und West nur als medienwirksamen Massenauflauf zur Bestätigung ihrer Politik: "Sozialpartnerschaft" im Westen, "Bürokratenpartnerschaft" im Osten. Hier im Westen werden politisch brisante Themen nur in ihren Sonntagsreden abgehandelt. Um diese Inhalte öffentlich zu machen, wird es dieses Jahr wieder, wie in den letzten beiden Jahren, eine **unabhängige REVOLUTIONÄRE 1.MAI-DEMONSTRATION** in Westberlin geben. Wir lassen uns nicht zum Anhängsel ihrer Sonntagsreden machen - **Wir gehen selber auf die Straße!**

Unsere Waffe ist die Solidarität -

mit den Ausgebeuteten aller Länder, mit Flüchtlingen, Verfolgten, "AusländerInnen", Sozial"hilfe"empfängerInnen, Behinderten, Arbeitslosen und allen, die sich dem Konkurrenzkampf ums individuelle Glück verweigern !

Die Edwin-Hoernle-Gruppe teilt mit:

Rot-grüner Senat bastelt in der Schule weiter am Spitzelnetz

In jüngster Zeit sind mehrere Gruppengewalttaten von Jugendlichen bekannt geworden.
SenInn hat eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe gebildet, der auch wir angehören.
Die Lageberichte ergeben ein Bild, das Sorgen bereitet.
(Mündliche Ergänzungen)
Es wird gebeten, einschlägige Vorkommnisse im Hauptschulbereich unverzüglich an SenSchulSport III B 4 zu melden. Die Meldung sollte enthalten:

- Schule / Ort / Zeit
- Tat / Tathergang / Zahl der Täter / Hinweise zum Kreis der Täter
- Meldung bei der Polizei; ja / nein
  (Pol OR Lehniger 699-35 032 oder 699-35 033)

Dok 1: aus dem Prokoll der gesamtwestberliner Schulleiterkonferenz: am 14.2.90



B e t r . : Jugendbeauftragte der Polizei

Die Vielzahl von Straftaten Jugendlicher in unserem Bezirk hat die Polizeidirektion 5 veranlaßt, eine besondere Ermittlungsgruppe einzurichten (Ltr. Hr. Gäth).
Darüber hinaus wirkt in der Direktion 5 eine Jugendbeauftragte, die den Schulen, Eltern und anderen Interessenten beratend und Informationen vermittelnd helfen will.
Nach unserem ersten Gespräch können wir die Kontaktaufnahme nur wärmstens empfehlen (Fr. Elkins, Tel. 699 34 410, Mo. - Fr. 8.30 - 11.00 Uhr).

gez. Nitschke
Ltd. Schulrat

Dok 2: Schulrundschreiben des BA Kreuzberg Nr. 37 vom 30.3.90

AUSZÜGE AUS DEM VS-BERICHT MÄRZ 90

In Berlin (West) stellen die **Autonomen** mit mehr als 400 Anhängern das größte Kontingent innerhalb des linksextremistisch orientierten Gewaltpotentials. Berlin (West) zählt damit zu den Zentren der Autonomen in der Bundesrepublik Deutschland. Autonome aus Berlin (West) knüpften in den letzten Wochen und Monaten darüber hinaus zahlreiche Kontakte zu ähnlich denkenden Gruppen in Berlin (Ost), und hier insbesondere im Bezirk Prenzlauer Berg. Damit dürfte sich langfristig das Mobilisierungspotential der vorwiegend in den Bezirken Kreuzberg und Wedding beheimateten Autonomen erhöhen.

Die Aktivitäten der Berliner Autonomen reichen von bloßen Protesten bis zu terroristischen Aktionsformen, die sich an das Handlungsmuster der Revolutionären Zellen anlehnen. Die Mehrzahl aller Anschläge, darunter Brandanschläge mit einfachen, aber wirksamen Mitteln sowie gelegentlich auch Sprengstoffanschläge unter Verwendung von Selbstlaboraten, wurde in den vergangenen Jahren von Autonomen begangen.

Autonome besitzen keine klare Ideologie, sondern orientieren sich lediglich an diffusen, dem Anarchismus entlehnten Grundideen und halten es deshalb auch nicht immer für erforderlich, ihre Aktionen schriftlich zu begründen. Soweit sie sog. Bekennungen abgeben, treten sie unter Phantasienamen wie "Internationalistische Zellen", "Autonome Gruppe", "Autonome Feuerwerker" und "Die Amazonen" auf.

Eine Vielzahl von Einzelinformationen bestätigt, daß es sich bei den Autonomen um wenige Aktivisten und viele Mitläufer handelt.

Die Anstöße und Ideen für alle größeren Aktivitäten des politisch motivierten Gewaltpotentials kommen von einigen wenigen Kollektiven, Kleingruppen und Einzelpersonen, deren Vorstellungen und Überlegungen auf Treffen und bei "Vollversammlungen" die Zustimmung der übrigen Teilnehmer finden.

Die wichtigsten Aktionsfelder Autonomer sind zur Zeit der Kampf um die Erhaltung der **"Kiezstrukturen"**, die sog. **Antifaschismus-Arbeit** in Zusammenarbeit mit teilweise ebenfalls den Autonomen zuzurechnenden **Antifa-Gruppen**, die **Shell-Kampagne** unter dem Motto "Kill a Multi" und die Vorbereitungen zum diesjährigen **"Revolutionären 1. Mai"**.

In diesem Zusammenhang haben sich zwei Vorbereitungsgruppen, eine Gruppe zur Planung des 1. Mai-Festes auf dem Gelände um den ehemaligen Görlitzer Bahnhof in Kreuzberg und eine Gruppe zur Planung der **"Revolutionären 1. Mai-Demonstration"**, die voraussichtlich wieder durch die Bezirke Kreuzberg und Neukölln führen wird, gebildet.

Zwischen beiden Gruppen bestehen informelle Kontakte. Die Vorbereitungsgruppe für die "Revolutionäre 1. Mai-Demonstration", in der auch Angehörige des Berliner RAF-Umfeldes mitarbeiten, wird von Autonomen dominiert.

Beide Vorbereitungsgruppen sind sich angesichts der politischen Entwicklung zwar darin einig, daß ein gewaltfreier Ablauf beider Veranstaltungen die "letzte Chance für die politische Glaubwürdigkeit der linken Bewegung" ist, machen jedoch kein Hehl daraus, daß man "Bullenprovokationen" natürlich nicht hinnehmen werde.

Zahlreiche Stimmen aus dem Lager der Autonomen belegen darüber hinaus, daß viele Autonome die Grundidee der Gewaltlosigkeit für beide Veranstaltungen keineswegs teilen.

Militante Aktivitäten könnten sich auch zur Vorbereitung des Mai-Festes und der "Revolutionären 1. Mai-Demonstration" bei den vom 26. April 1990 an geplanten Aktionstagen ergeben.

BESETZUNG DER NWZ



AM 23.3.1990 UM 10 UHR WURDE DER DPA-RAUM DER OLDENBURGER NORD-WEST

ZEITUNG VON DREI MENSCHEN BESETZT

Ziel dieser Aktion war es,die Nachrichtensperre zu dem Hungerstreik der spanischen Gefangenen aus Grapo und PCE(r) zu durchbrechen.
Die NWZ beteiligt sich,wie fast alle anderen Medien der BRD auch,an der totalen Nachrichtensperre seit Ende Januar.Eine Forderung der BesetzerInnen an die NWZ war:Eine überreichte Erklärung abzudrucken und weiterhin regelmäßig über die aktuelle Situation der Gefangenen zu berichten.
Bis zum Sommer 1989 gab es in Spanien Gefangenenkollektive mit bis z.T. 70 Gefangenen aus Grapo undPCE(r).Diese Großgruppen wurden dann auseinandergerissen,die Gefangenen vereinzelt und auf verschiedene Gefängnisse in Spanien,bis nach Nordafrika,verteilt.Sie befinden sich seitdem in Isolationshaft.
Am 30.11.1989 haben diese Gefangenen einen unbefristeten Hungerstreik begonnen,um ihre Wieder-Zusammenlegung zu erreichen.Dieser Hungerstreik dauert nun schon über 114 Tage.Es wird angenommen,daß mehrere Gefangene im Koma liegen,oder sogar sdhon tot sind.

Während der ca.fünfstündigen Besetzung der NWZ,befanden sich ständig Menschen auf dem gegenüberliegenden Bürgersteig.Unter anderm wurde dort ein Transparent aufgehängt.Ohne ersichtliche Gründe und ohne daß ihnen Gründe genannt wurden,wurden drei Personen vorübergehend,für 4 Stunden, festgenommen.
Gegen 15 Uhr wurden die BesetzerInnen von einem Sondereinsatzkommando aus Hannover geräumt.
Bei zwei der Verhafteten fanden Hausdurchsuchungen statt.Unter brutalem Auftreten (Mitführen von Hunden,Scheibe einschlagen,Tür aufbrechen, Personalien von Hinzukommenden feststellen,niemanden in das Mehrfamilienhaus reinlassen,Einsatz von Brechstangen,usw.) dauerte eine der Hausdurchsuchungen eineinhalb Stunden.
Die drei BesetzerInnen blieben in Haft und wurden am Samstagmittag in der Justizvollzugsanstalt Oldenburg einem Not-Haftrichter vorgeführt.Einer der drei wurde mit der Begründung,bisher noch nicht aufgefallen,und gerade 18 Jahre alt zu sein (er fällt damit unter das Jugendstrafrecht),aus der Haft entlassen.Die Tatvorwürfe lauten: Schwere Nötigung,Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung.
Gegen die beiden anderen,Heike Habel und Edzard Staben,wurde Haftbefehl erlassen.Dieses wurde mit Flucht-und Verdunklungsgefahr und dem Argument,daß noch nach einer weiteren,vierten Person,gesucht werde, begründet.
Die NWZ hat es übrigens fertiggebracht,selbst eine Besetzung in ihrem eigenem Haus totzuschweigen!!



Wir fordern:
-SOFORTIGE FREILASSUNG VON EDZARD UND HEIKE
-SOFORTIGE AUFHEBUNG DER NACHRICHTENSPERRE
-SOFORTIGE WIEDER-ZUSAMMENLEGUNG DER SPANISCHEN GEFANGENEN IN GROßGRUPPEN

Falls eine/r den beiden schreiben möchte:

Heike Habel	Edzard Staben
JVA Vechta	JVA Oldenburg
An der Probstei 10	Gerichtsstr.1
2848 Vechta	2900 Oldenburg

Zusammenlegung aller revolutionären Gefangenen in Westeuropa!
Für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa!

Am 112. Tag des Hungerstreiks der gefangenen GenossInnen aus GRAPO und PCE(r) in Spanien für ihre Wiederzusammenlegung haben wir, ca. 30 Menschen aus Frankfurt, Saarbrücken, Karlsruhe, Tübingen und Freiburg anläßlich des Deutsch-Spanischen Gipfeltreffens in Konstanz am 21.3.90 eine Aktion gemacht. Wir sind kurz vor der abschließenden Pressekonferenz vor das Hotel gegangen, in dem sich Gonzales, Kohl und die Minister für Wirtschaft, Finanzen und Industrie sowie Vertreter der Auswärtigen Ämter getroffen haben. Wir haben mit Transparenten und Parolen die sofortige Wiederzusammenlegung der Gefangenen in Spanien und die Zusammenlegung aller revolutionären Gefangenen in Westeuropa gefordert und insgesamt unseren Widerstand gegen die westeuropäische ökonomische, politische und militärische Formierung zum Ausdruck gebracht. Wir haben mit vielen Fußballfanfaren (irre laut!) und Trillerpfeifen die Presse auf uns aufmerksam gemacht und den Ablauf des Treffens gestört.
Wir wollten nicht zulassen, daß sich Gonzales jetzt ungestört mit den hiesigen Schweinen treffen kann. Gonzales ist als Vorsitzender der PSOE-Regierung direkt verantwortlich für die Zerschlagung der Gefangenenkollektive in Spanien. In der jetzigen zugespitzten Situation des Hungerstreiks in Spanien hat er aktuell die Aufgabe und trägt auch die Verantwortung für die europaweite Durchsetzung der Isolationsfolter. Wenn aber die Wiederzusammenlegung der spanischen Gefangenen erkämpft werden kann, wirkt sich das auf die Haft- und Kampfbedingungen aller revolutionären Gefangenen in Westeuropa aus.
Die Menschen aus den verschiedenen Städten haben die Aktion zusammen gemacht, um die regionalen Mobilisierungen an einem Punkt zusammenzufassen. Es ist eine gute Erfahrung, daß wir es trotz der Kurzfristigkeit, trotz der Sicherheitsmaßnahmen in Konstanz und trotz der praktischen Schwierigkeiten einer überregionalen Organisierung geschafft haben, vollkommen überraschend in das Gipfeltreffen einzugreifen und die Nachrichtensperre zu durchbrechen.

Zum Ablauf:
Da die Bullen nur die direkte Zufahrt zum Hotel abgesperrt hatten, kamen wir sehr nah ran und blockierten die Zufahrt, die von einer Bahnlinie gekreuzt wird. Wir standen dort ca. 20 Minuten mit den Transparenten und Tröten. Die Presse war sofort zahlreich da. Nachdem die Bullen Verstärkung herangekarrt hatten, drängten sie uns über die Straße in eine Seitengasse, wo sie unter Knüppeleinsatz neun GenossInnen herausgriffen und festnahmen. Die Restlichen von uns gingen dann in die Hertie-Cafeteria. Dort wurden zwei Stunden später nochmal Zwanzig von uns und einige Unbeteiligte aus dem Cafe heraus festgenommen und in die Polizeidirektion transportiert. Von allen wurden Personalien aufgenommen und Photos gemacht, bei einigen lief ED-Mißhandlung.
Neben Widerstand, Beleidigung, Sachbeschädigung und Nötigung wurde einigen von uns noch "gefährlicher Eingriff in den Straßen-, Bahn- und Schiffsverkehr als Festnahmegrund genannt. Nachmittags waren wir alle wieder draußen.

Einschätzung:
Ein wichtiger Erfolg war, daß die Aktion in den lokalen Medien (Zeitung, Fernsehen, Radio) und in FAZ und taz und vor allem auch in den spanischen Medien (El Pais, El Mundo und Radio) durchkam.

Soweit wir wissen, haben es Gefangene in Spanien direkt aus dem Radio erfahren.
Wir haben deutlich gemacht, daß es möglich ist, die Ruhe zu stören, die sie zur Durchsetzung ihres Projektes "Vereinigtes Europa" brauchen.
Unsere Aktion ist Ausdruck der Solidarität mit den Gefangenen im Hungerstreik und der Verbundenheit der Kämpfe. Wir haben damit auch den Solidaritätshungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand hier aufgegriffen.

Für ein Europa der Revolution - Gegen ein Europa der Bonzen und Bullen!
Zusammenlegung jetzt! Solidarität mit dem Hungerstreik der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) für ihre Wiederzusammenlegung!

MOABIT

Tag Leute!
Wir wollen euch mal einen kurzen Situationsbericht über das was in den Berliner Knästen so los ist. Wie ihr ja vielleicht wißt, findet zur Zeit in Moabit ein Hungerstreik statt. Dieser wird gemeinsam von Strafern und U-Gefangenen durchgeführt. Angefangen hatten am 26.2.90 4 Gefangene, die ihren Streik dann eine Woche ausgesetzt hatten. Die Wiederaufnahme war dann am 19.3.90. Diesmal beteiligten sich schon etwa 50 Gefangene, wobei diese Zahl eher untertrieben ist. Gleichzeitig fand ein Aktionstag im Knast statt, bei dem Essen und Arbeit von 250 Gefangenen verweigert wurden. Praktisch hieß das, daß die Anstaltsbetriebe Schuhmacherei,Polsterei, Sattlerei komplett, die Fremdfirmen Liedtke, Herlitz und Vosco zum Teil bestreikt wurden. Ebenfalls am 19.3.90 fand eine Kundgebung vor dem Knast statt. Bereits in den Tagen vorher gab es 2 Kurzkundgebungen. Außerdem bildete sich ein Treffen von Leuten, die die Forderungen der Gefangenen unterstützen und wo die Infos zusammenkommen. Außerdem werden von dort aus soweit es möglich ist die Aktivitäten koordiniert. Seitdem 19.3.90 findet nun jeden Abend vor dem Moabiter Knast eine Kurzkundgebung statt, an der mittlerweile ziemlich regelmäßig etwa 50 Leute teilnehmen. Dabei werden den Gefangenen neben der Solidarität die neuesten Infos vermittelt. Dies ist deshalb nötig, weil vor allen Dingen der Infofluß unter den U-Gefangenen von der Anstalt verhindert wird. Gleichzeitig zum zweiten Aktionstag am 2.4.90 fand wieder eine Kundgebung statt. Auch an diesem Tag verweigerten ca. 250 Arbeit und/oder Nahrung. Auch zu diesem zeitpunkt befanden sich noch ca. 50 Gefangene in einem unbefristeten Hungerstreik. Dies ist vor allen Dingen deshalb bemerkenswert, weil der HS von der Presse und den sonstigen Medien weitgehend totgeschwiegen wurde, was natürlich entsprechend übel für die Gefangenen war. Am 5.4. unterbrachen mehrere Strafer ihren HS für eine Woche, so daß jetzt noch etwa 24 Leute im unbefristeten HS sind. Inzwischen wird vom Senat verkündet, daß der 23 Std Einschluß ab Mai 90 abgeschafft werden soll, sowie die Insassenvertretungen anerkannt werden sollen. Auch von einer Lockerung der Besuchs-überwachung ist die Rede. Dies betrifft alles aber nur die U-Gefangenen, für die Strafer gibt es bis heute keine Zusagen. Die Spaltungsstrategien des Senats sind also wiedermal überdeutlich zu erkennen. Trotzdem gelingt es ihnen nicht die gefangenen aufzuteilen. Auch die Unterbrechungen waren untereinander besprochen und das offensichtliche Ziel die U Gefangenen von ihrer Aktion abzubringen ist auch nicht gelungen.
Am 9.4.90 ~~wird~~ fand eine Sendung von Radio Bambule, die regelmäßig Beiträge zum Knast machen, statt~~finden~~.
Was neben den Forderungen an diesem Hs für 'uns' toll ist, daß es wirklich ein zusammenwirken zwischen drinnen und draußen gibt. Dies ging schon bei den Forderungen los, wo erstmal Einigkeit hergestellt werden konnte und setzt sich bis heute über viele Sachen fort. Zentral dabei sind sicher die täglichen Kundgebungen, deren Wirkung uns selbst überrascht hat.

Am 17.4.90 werden die Gefangenen, die ihren HS unterbrochen haben denselben wieder aufnehmen, wenn vom Senat bis dahin nichts kommt.
AUßERDEM FINDET AM 16.4.90 UM 18 UHR WIEDER EINE KUNDGEBUNG VOR MOABIT STATT:
Vorbereitungstreffen dazu, bzw. grundsätzlich zu Moabit am Freitag den 13.4.90 im Falcke-Laden. Falckensteinstr.46, 1-36.Ach ja um 17 Uhr ist das Treffen.

MACHT MANCHESTER AUS MOABIT

Unter dem Motto

" Ehne Mehne Miste, es R A P P E L T in der K I S T E,

Ehne Mehne Meck , der K N A S T muß w e g ! ! !"

fand heute, am 2.4.9o um 18 Uhr eine Knast-Kundgebung vor Moabit statt zur Unterstützung der hungerstreikenden Gefangenen.

Erfreulich gut besucht - ca. 3oo Leute, gute Leute, gute Stimmung, viel Power rübergebracht einschließlich Feuerwerk und Leuchtspuren in'n Hof...

Super war vor allem die viele Power, die Parolen der Knackis - war total gut zu verstehen!!!
Demonstrativ verbrannten sie Papier vorm Gitter, hängten Besenstiel mit Lumpen raus, riefen und und und

Wir machten an zwei verschiedenen Orten Kundgebungen mit'nem kurzen Demo-Marsch.
Warn Erfolg, ab sofort jeden Abend um 2o Uhr Kurz - kundgebungen !!!

Mit Volldampf in'n Knast-KAMPF!!!

Solidarität mit dem Hungerstreik (!), auch mit dem der Bochumer und Dortmunder (seit 19.3.) und , na klaro, mit den Leuten aus G R A P O + P C R !!!

Immer noch sitzen die F A L S C H E N im Knast !!!

B U L L E N + SENAT in den Bunker,

Liebe und Kraft - den kämpfenden Gefangenen !!!

Einige aufgeweckte AUTONOME

GROßES KNAST-BEBEN

WIR FORDERN: -SENATSGESPRÄCHE MIT DEN GEFANGENEN
-ABSCHAFFUNG DER ISOLATIONSHAFT
-SCHLUß MIT DEN REPRESSIONEN

KIEZ

KOMMT ALLE!!!

DER KAMPF GEHT WEITER! AM DIENSTAG,17.4.SETZEN DIE MOABITER GEFANGENEN IHREN HUNGERSTREIK GEMEINSAM FORT.DER SENAT WILL SIE TOTSCHWEIGEN-DAS WERDEN WIR VERHINDERN!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

KUNDGEBUNG AM MONTAG,16.4. 18°°
VOR DEM KNAST MOABIT

• DIESMAL MIT PLATZKONZERT •

ISABEL MUSS DRAUSSEN BLEIBEN

Informationsblatt zur aktuellen Situation
von Isabel Jacob

Isabel Jacob, unsere Genossin und Freundin, wird in den nächsten Tagen ihren Haftbefehl erhalten. Sie wurde im Mai 1988 zu 4 1/2 Jahren wegen "Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion" verurteilt, die Revision ist im Februar dieses Jahres abgelehnt worden.
In der Nacht zum 2.6.1985 wurde ein Anschlag auf das Verwaltungsgebäude der Messe AG Hannover verübt, bei dem Jürgen Peemöller ums Leben kam. Nach drei Tagen bundesweiter Fahndung stellte sich Isabel der Staatsanwaltschaft und erhielt sofort 129a-, also Isolationshaftbedingungen.
Nach wenigen Wochen wurde Isabel krank und im Dezember 1985 wurde die Diagnose Morbus Basedow gestellt. Das ist eine Autoimmunerkrankung, die darauf beruht, daß gegen die Schilddrüse gerichtete Antikörper produziert werden, die bewirken, daß der Körper mit Schilddrüsenhormonen überschüttet und jede Körperzelle bis zur Erschöpfung angetrieben wird (Überfunktion). Mit Hilfe dieser Hormone werden verschiedene lebenswichtige Prozesse gesteuert, z.B. der Eiweiß-, Fett-, und Energiestoffwechsel, der Mineralhaushalt oder die Körpertemperatur, so daß die konkreten Beschwerden sehr unterschiedlich sein können. Außerdem bewirken dieselben Antikörper eine entzündliche Schwellung der Augenmuskeln und des Fettgewebes hinter den Augäpfeln. Konkret bedeutet dies für Isabel permanent geschwollene Augen, Schmerzen, Lichtempfindlichkeit und verschwommenes Sehen.
Medizinisch ist noch nicht bekannt, wie es zu dieser Fehlreaktion des Immunsystems kommt, klar ist nur, daß es einen direkten Zusammenhang zwischen Streßsituationen und dem Krankheitsverlauf gibt. Die zerstörerischen Bedingungen im Knast sind für uns ein wesentlicher Auslöser; Isohaft als eine Form der Folter zielt ganz direkt auf die Vernichtung revolutionärer Identität und damit der Menschen, die sich hier nicht brechen lassen.
Seitdem ist Isabel auf dauerhafte medizinische Behandlung und regelmäßige Untersuchungen angewiesen. Wenn die letzten vier Jahre ihrer Erkrankung zusammengefaßt werden, ist abgesehen von einer kurzzeitigen Verbesserung direkt nach der Haftentlassung eine kontinuierliche und schleichende Verschlechterung ihrer Gesundheit feststellbar: zunehmende körperliche Schwäche, eine höhere Tablettendosis, Versuch einer Cortisontherapie und im schließlich im Februar 1990 eine Operation an der Schilddrüse.
Die Auswirkungen der Krankheit wurden von uns in dieser Zeit nur in den Momenten zur Kenntnis genommen, wenn die psychischen und körperlichen Belastungen sich für Isabel so zuspitzten, daß sie nicht mehr länger ignoriert werden konnten: entscheidungssituationen in ihrem Verfahren, oder wenn Isabel der Alltagsstreß, tagsüber arbeiten zu gehen und abends Termine, zuviel wurde und sie völlig überlastete.
Selbstkritisch müssen wir hier allerdings auch feststellen, daß weder Isabel noch wir zusammen in unserem Alltag ganz praktisch darum gekämpft haben, bessere Bedingungen für uns zu schaffen. Bedingungen, die eine Voraussetzung dafür gewesen wären, anders mit dieser Krankheit umzugehen und mit ihr zu leben statt sie zu verdrängen und auf ein subjektives Problem zu reduzieren: einen Job für Isabel zu suchen, der sie nicht so kaputtmacht, einen gemeinsamen Alltag zu leben und durchzusetzen, der auch verhindern würde, daß Isabel ihre Krankheit weiter so individualisiert wie bisher; als Möglichkeit, das zusammen anzupacken. Uns selbst in dem, wofür wir hier kämpfen, nämlich ein menschenwürdiges Leben, ernst nehmen.
Die Operation wurde von Isabels Arzt vorgeschlagen, um neben der Beseitigung der akuten Überfunktion der Schilddrüse vor allem die direkten Auswirkungen ihrer Krankheit zu verbessern, besonders die starken Augenbeschwerden. Dieser Heilungsprozeß und ihr allgemeiner Zustand waren direkt nach der Operation hoffnungsvoll, doch mit der Ablehnung der Revision und der damit verschärften Bedrohung trat erneut eine Verschlechterung ihrer Gesundheit auf. De facto hat die Operation nichts grundlegend verändert und inzwischen wird die Wirksamkeit weiterer Behandlungsmaßnahmen, die bei dieser chronischen Krankheit ohnehin nur auf die Bekämpfung von Symptomen ausgerichtet sein können, im Hinblick auf ihren Haftantritt und den seit Jahren andauernden psychischen Druck von ihren Ärzten zunehmend in Zweifel gezogen.

Aus diesen medizinischen Gründen muß Isabel draußen bleiben !!!

Nachdem Isabel im Frühjahr 1986 aus der U-Haft entlassen wurde, neben der Einstellung des Verfahrens nach § 129a mit dem Verweis auf ihre Krankheit, und die direkte Verantwortlichkeit für ihre Gesundheit damit außerhalb des Knastes verlagert wurde, verschaffen sich die Herrschenden jetzt mit der anstehenden Vollstreckung des Haftbefehls wieder einen direkten Zugriff auf Isabel: auf ihr Leben, auf ihre Gesundheit und auf ihre politische Identität.
Doch der permanente Druck und die Bedrohung konnte während der gesamten vier Jahre aufrechterhalten werden: bis zum Prozeßbeginn, dem Verhandlungsjahr, dem langen Warten auf die schriftliche Urteilsbegründung, dem Jahr für die Revision, bis heute. Das ist für uns Terror, eine neue Form der Zerstörung..
...außerhalb der Knastmauern, schleichend, auch von uns lange Zeit verdrängt und ignoriert.



Und dafür gibt es sehr wohl Verantwortliche:
- BAW und BGH als diejenigen Instanzen, welche die politische Linie vorgeben, strategisch orientiert an der Vernichtung der politischen Identität und Organisierung von Guerilla und Widerstand draußen und der kämpfenden Gefangenen drinnen
- Remmers als Justizminister von Niedersachsen
- Oberstaatsanwalt Borchers, der nach seiner Funktion als politischer Staatsanwalt im Verfahren gegen Isabel jetzt direkt für die Strafvollstreckung in erster Instanz zuständig ist
- das OLG Celle als übergeordnete gerichtliche Instanz, die über die Haftunfähigkeit von Isabel zu entscheiden hat
- und nicht zuletzt die Strafkammer des Landgerichts Hannover mit dem vorsitzenden Richter Bieling, die Isabel zu 4 1/2 Jahren verurteilt hat.

Als im Mai 1989 der Hungerstreik der Gefangenen aus RAF und Widerstand und anderer kämpfender Gefangener für eine Veränderung ihrer Haftbedingungen abgebrochen wurde, war auch für uns die Phase der politischen Mobilisierung und Auseinandersetzung für die Durchsetzung aller aufgestellten Forderungen beendet.
So wie die Gefangenen die Konfrontation für sich in aller Schärfe bestimmt hatten, ihre Entschlossenheit, jetzt nicht mehr loszulassen, mit der gleichen Entschiedenheit sollte an unseren Projekten unser Verhältnis zu den Gefangenen und "unser Zusammenkommen" durchgekämpft werden.
So wie die Gefangenen für sich eine Veränderung erkämpfen wollten, um in großen Gruppen als Kollektiv zusammenzukommen, so ging es auch für uns als Widerstand um Schritte nach vorne: um Organisierung und um Kollektivität. Gerade das Zusammenkommen in der Unterschiedlichkeit unserer Ansätze und Teilbereichskämpfe, ein widerstand, der von der eigenen politischen Vorstellung vom Kampf ausging, darin sahen wir unsere Ebene für das Kräfteverhältnis zur Durchsetzung aller aufgestellten Forderungen. Mit diesem politischen Verhältnis stellten wir uns selber in den Streik, waren wir ein Teil der "gesellschaftlichen Breite".

Durch die Mobilisierung im letzten Hungerstreik konnten zwar nur wenige Forderungen durchgesetzt werden, nicht zuletzt auch deswegen, weil der Widerstand seine eigenen Ziele und neue Schritte darin nur punktuell durchgekämpft hat und so kein wesentliches Element der Mobilisierung war. Erreicht wurde aber im Kampf um die Freilassung der Haftunfähigen, daß Angelika Goder ein Jahr Haftverschonung für ihre dringend benötigte Hüftoperation erhielt und Christoph von Hören freigelassen und seine Reststrafe zur Bewährung ausgesetzt wurde.

Jetzt, seit der Ablehnung von Isa's Revision - einer endgültigen, nicht mehr zu verdrängenden Tatsache - spüren wir, wieviel in unserer Vorstellung "kämpfen zu wollen" gefehlt hat. Wir orientierten uns am gemeinsamen politischen Ziel, ohne dabei unsere materiellen und subjektiven Bedingungen zu einem wichtigen Ausgangspunkt in der politischen Auseinandersetzung zu machen. Wir kämpften für ein Leben jenseits kapitalistischer Verwertung und Leistungsnormen, frei von Ausbeutung und patriarchaler Unterdrückung, nahmen uns aber selbst dabei an vielen Punkten nicht ernst.
Nie haben wir umfassend hinterfragt, was die materiellen Veränderungen, die wir im Hungerstreik mit vielen für die Zusammenlegung durchsetzen wollten, auch für uns alles heißen müßten. Wir haben uns nicht damit auseinandergesetzt, was die Forderung nach Freilassung aller haftunfähigen Gefangenen bedeutet. Es war eine Forderung, die auch von uns auf die medizinische Ebene reduziert wurde: Isabel mit Basedow, einer Krankheit, die nur marginale Bedeutung in unserer Vorstellung von "Kämpfen" hatte, ein "technisches" Problem. Wir begriffen nicht den politischen Charakter der Forderung, da wir selbst die Krankheit von Isabel und den schon über Jahre dauernden gesundheitsbedrohenden Zustand nie zu einer wichtigen Grundlage unserer Überlegungen gemacht haben. Wir forderten mit vielen die Freilassung von Angelika, Bernd, Christoph, Claudia und Günther; Isabel's Situation, mit der wir direkt konfrontiert waren, war dagegen im Streik für uns nie ein Thema. Und genau an diesem Punkt stehen wir jetzt.

Wir haben uns entschieden, um und mit Isabel dafür zu kämpfen, damit sie Bedingungen erhält, um mit ihrer Krankheit ihr Bedürfnis von "leben und kämpfen" füllen zu können. Die Entwicklung und der Prozeß - zusammen, um- und miteinander - hin zu einer viel umfassenderen Vorstellung von Kollektivität als in unserer Vergangenheit.

In der Initiative um Isabel's Haftunfähigkeit ist es uns zum einen existenziell wichtig, daß wir mit ihr zusammen draußen weiter kämpfen, weil wir sie brauchen und sie uns; und zum anderen muß Isabel aus medizinischen Gründen draußen bleiben, weil Knast für sie bedeuten würde, daß sich ihr Gesundheitszustand weiter verschlimmern statt verbessern würde, die notwendige medizinische Betreuung nicht gewährleistet werden kann und weil selbst die Zusammenlegung mit GenossInnen für sie an den konkreten Bedingungen ihrer Krankheit vorbeigeht.
Die gesellschaftliche Breite, die wir für das Kräfteverhältnis zur Durchsetzung von Isabel's Haftunfähigkeit brauchen, daß sie hier draußen bei uns bleibt, muß zur substanz haben, daß jede/r von seinen/ihren Bedingungen ausgehend ein eigenes Verhältnis dazu bestimmen kann. Das bedeutet auch immer, daß es im Kampf um die Durchsetzung der Forderung um einen selbst darin geht, um eine Veränderung der eigenen Bedingungen.
Dieses Verhältnis ist für uns die notwendige Basis, um hier Schritt für Schritt neuen Boden und bessere Bedingungen für uns alle zu schaffen, Teil einer revolutionären Perspektive. So wollen wir unsere politische Initiative jetzt aufbauen, mit allen Menschen, die sich entscheiden, mit uns gemeinsam dafür zu kämpfen, daß Isabel draußen bleibt.

So wie die Zusammenlegung in ein oder zwei große Gruppen für die Gefangenen aus RAF und Widerstand Ausdruck ihrer Vorstellung von Leben und Kollektivität unter der Bedingung des Knastes ist, so ist die Forderung nach Freilassung aller Haftunfähigen auch der Ausdruck gerade ihrer besonderen Bedingung, ihrer Krankheit oder Verletzung. Ihr existenzielles Bedürfnis nach Kollektivität und Organisierung, nach einem menschenwürdigen Leben, können sie nur hier draußen für sich, zusammen mit anderen erkämpfen.

Wir fordern:

★★★ KEIN NEUER HAFTBEFEHL UND KNAST - ISABEL MUß DRAUßEN BLEIBEN !

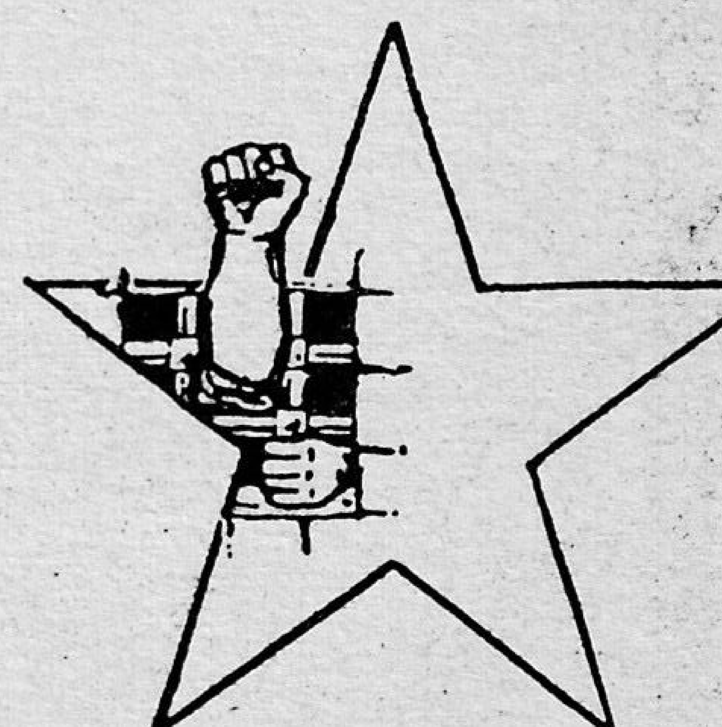
★★★ SOFORTIGE FREILASSUNG VON CLAUDIA WANNERSDORFER, BERND RÖSSNER, GÜNTHER SONNENBERG UND ALLER HAFTUNFÄHIGEN GEFANGENEN !

★★★ ANGELIKA GODER MUß DRAUßEN BLEIBEN !

★★★ AUFHEBUNG DES HAFTBEFEHLS GEGEN UTE HLADKI !

★★★ ZUSAMMENLEGUNG ALLER GEFANGENEN AUS GUERILLA UND WIDERSTAND IN EIN ODER ZWEI GROßE GRUPPEN, IN DIE NEUE GEFANGENE INTEGRIERT WERDEN; MIT ZUGANG ZU DEN GEMEINSCHAFTSHÖFEN. ZUSAMMENLEGUNG ALLER GEFANGENEN, DIE DAFÜR KÄMPFEN !

Initiative "..wird Zeit, daß wir leben!"



Kontaktadresse: Bunte Hilfe Darmstadt, Wilhelm-Leuschner-Str. 39,
6100 Darmstadt, Tel.: 06151/20480 (Mo+Mi von 20-22 Uhr)
Spendenkonto: Bunte Hilfe, Stichwort: Isabel,
Sparkasse Darmstadt, BLZ 50850150, Kto.Nr. 11003354

Zum Projekt am WASSERTORPLATZ

ZUM KIEZPALAVER "SELBSTVERWALTETER LEERSTAND IN SELBSTHILFEPROJEKTEN" (KIEZPALAST,SONNTAG,8.4.89)

am sonntag fand dieses kiezpalaver unter den in der taz vom 7.4. angekündigten themen:-die besetzerInnen von damals sind die EigentümerInnen von heute.ist es der richtige weg,bei sog. alternativprojekten leerraum zu besetzen?

-selbsthilfehäuser als "kriegsgewinnler" einer aktiven besetzerInnenbewegung,die ihre vergangenheit vergessen haben?

-kann sich die alternative szene nur noch mit hilfe der "bullen"(anmerk., warum steht das eigentlich in anführungszeichen?) retten? statt.

ich war neben ca. 1oo anderen leuten, darunter auch 7-8 "eigentümerInnen" der häuser am wassertorplatz und einem "Sympathisanten der Hausbesitzer"(???) anwesent, und möchte den diskussionsverlauf für die leute, die vielleicht erstmal keinen bock darauf hatten oder keine zeit zusammenfassen.

die veranstaltung begann reichlich später,da die bullen eine gruppe von menschen, die zu dieser veranstaltung wollten in der wienerstr. überfallen hatten und verständlicherweise viele erstmal dort hin wollten.die bullen überfielen die leute mit der begründung einer "routinepersonalienkontrolle" und der kontrolle von angeblich mitgeführten 1.mai oder shell plakaten.die bullen knüppelten die leute dreiste an eine hauswand und nahmen anschließend sogar 3 leute wegen angeblicher gefangenenbefreiung und widerstand mit.

thema dieser ersten (weitere sollen folgen) veranstaltung war dann die besetzung der "selbsthilfe"häuser am wassertorplatz und deren räumung.zu beginn wurde der ablauf besetzung/räumung von den BesetzerInnen geschildert.dies ist aber in ihrem faltblatt und der letzten interim genau nachzulesen und braucht wohl hier nicht wiederholt zu werden.danach erklärten die "besitzerInnen" ihre vorstellungen von der nutzung "ihres" daches und dem verlauf der räumung.dies war reichlich wirr, 7-8 leute,7-8 meinungen,vorstellungen.nur in einem waren sie sich eins,die besetzerInnen mußten raus.

erstmal schilderten sie,daß ihr dachboden völlig ungeeignet zum bewohnen sei."Ein dachboden wie jeder andere",nur mit dusche,voll isoliert,zentralheizung,6 gästezimmer (12 dm die übernachtung!)..."also völlig ungeeignet."dann wars plötzlich das bezirksamt schuld,"das verbietet nämlich wohnraum aufm dachboden."als nächstes argument kam dann das argument freiflöche für die modelleisenbahn etc. und das wäre ja schon immer geplant gewesen.so was braucht halt seine zeit.dann warens die 1/3 studentInnen (ca.4o leute),die nach ihrer kündigung da rein sollten.und auch der bau von eigentumswohnungen(!) unterm dach wird von unseren alternativhaus"besitzerInnen" erwogen,das bringt geld und solange steht es dann halt noch leer."wie diese leute (gemeint waren die besetzerInnen) schon aussehen" war eines der schönsten und entlarvensten argumente.und obdachlosigkeit finden sie ja auch scheiße,wohnungen brauchen die leute schon,aber doch nicht bei uns,in unserem haus.die bemerkung "ob die (besetzerInnen) wohl wirklich ne wohnung suchen" war so ziemlich das dümmste, paßte aber wie ne faust auf's auge.also faktum zig jahre leerstand und das ohne sinn und zweck,weil unsere lieben "besitzerInnen" haben ja ne wohnung unterm hintern und reichlich zeit.später tauchte dann noch eine kleine gruppe "wohnungsinteressentInnen" für den dachboden auf.jetzt plötzlich durch die besetzung entstanden.

zum räumungsantrag erklärten sie, daß 80% der bewohnerInnen oder der eigentümerInnen,daß ließ sich nicht so ganz rausfinden,für den bulleneinsatz war,wie das mit den 80% zustande kam konnten oder wollten sie nicht so genau erklären.also

stimmanteil gibt es schonmal nach quadratmetern(Je größer geldbeutel und wohnung, je mehr stimmanteil).die dort wohnenden StudentInnen haben nur begrenztes stimmrecht,zum dachausbau zb. gar keine.ein oder zwei anwesende versicherten,daß sie gegen den bulleneinsatz waren,einer wurde erst gar nicht gefragt.aber alles lief "völlig demokratisch",wie den anwesenden versichert wurde.
außerdem seien die besetzerInnen ja schuld an der räumung durch die bullen.sie hätten ja nicht besetzen brauchen.das wäre ja schlicht nötigung einfach so in ein seit zig jahren leerstehendes dachgeschoß zu gehen.und erst die kinder...es stellte sich aber schnell raus,daß die kinder das ganz schön toll fanden.nix angst. lärm haben die neuen mitbewohnerInnen auf'm dach auch gemacht.nur pech,daß ein anwesender mieter aus'm 4.stock sich verplapperte.von lärm hatte er nichts mitbekommen und daß er wegen dem lärm sogar umziehen mußte,hatte er selbst nicht bemerkt.und bedrohlich sahen die besetzerInnen auch aus,"da lief während der besetzung mal ein punker mit 'nem stillet am haus vorbei"(o-ton).
mensch habe es ja versucht mit "hinauskomplimentieren",mit türzuschweißen,nem rollkomando..."aber wir waren die schwächeren,da haben wir die poli..ach 'nee bullen geholt.natürlich haben wir uns schlecht dabei gefühlt.."
die strafanträge sind bis jetzt noch nicht zurückgenohmen!!!
das die räumung alles in allem reichlich scheiße war räumten ein paar doch ein. aber mensch war halt hysterisch,überfordert oder in seinem seelenfrieden gestört. in der diskussion wie weiter jetzt entwickelten sich zwei grundforderungen an die "besitzerInnen":

- SOFORTIGE RÜCKNAHME DER STRAFANTRÄGE
- SOFORTIGE WIEDERHERSTELLUNG DES ALTEN ZUSTANDES,RÜCKGABE AN DIE BESETZERINNEN

als grundlage weiterer gespräche.diese forderungen werden von fast allen anwesenden getragen.
die haus"eigentümerInnen" wollen auf einem plenum am montag,9.4.90 darüber reden und eine entscheidung treffen.dienstag soll dann schlüsselübergabe sein.
ich denke den "besitzerInnen" wurde auf dem plenum von allen sehr deutlich gemacht,daß ihr selbstverwalteter leerstand nicht mehr länger akzeptiert wird und sie sich nicht länger hinter dem deckmäntelchen "wir sind doch alternative oder ein sog. selbsthilfeprojekt" verstecken können.
die beginnende auseinandersetzung über die oben benannten punkte gab es zwar erst im ansatz,aber sie wurde von allen als wichtig eingeschätzt.wassertorplatz ist kein einzelfall.die auf dem palaver anwesenden haben einen neuen termin ausgemacht,an dem die diskussion weitergeführt werden soll.neben den oben genannten themen,soll auch über das umgehen mit selbsthilfeprojekten,deren verträge 1991 nach 10 jahren auslaufen geredet werden.
also für alle die meinen,es geht sie was an und lust auf diese wichtige auseinandersetzung haben der termin:

SONNTAG,15.4.90 16UHR WASSERTORPLATZ

(dieses palaver findet auf jeden fall dort statt,also evtl.pünktlich sein!)
ich hoffe ich habe mir so ziemlich alles gemerkt und es fehlt nicht die hälfte. ach ja,falls das nicht richtig rüberkam,weil ich's nicht extra erwähnt habe,die bullen in so 'nem konflikt zu holen,ist absolut das letzte,einfach zum kotzen! das alle bis auf ein paar "hausbesitzer" dieser meinung sind,braucht wohl nicht gesagt werden.

Zur Wiederbesetzung des Dachbodens am Wassertorplatz, Di, 10. 4.

Vorneweg, ich hab den bisherigen Konflikt nur als Flugblattleser und in Berichten von SympathisantInnen der BesetzerInnen mitbekommen.

Nach dem Kiezpalaver vom Sonntag war ich eigentlich davon ausgegangen, daß die BesitzerInnen vom Stand der dortigen Diskussion von ihren anwesenden MiteigentümerInnen informiert werden würden. Im direkten Zusamenhang mit dem TU-Projekt wäre das wichtigste Ergebnisse gewesen: Sie sollen sich doch nocheinmal überlegen, ob der Weg mit den Bullen wirklich der einzig gehbare und für sie auch der richtige war. Wenn sie das inzwischen anders sehen, müssen die Konsequenzen daraus folgende sein: Erstens die Strafanträge zurückziehen und zweitens die BesetzerInnen am Di 18.00 wieder auf den Dachboden lassen.

So den Bulleneinsatz wenigstens formal rückgängig gemacht, wäre dann die Grundlage für einen erneuten Versuch einer Diskussion zwischen BesetzerInnen, EigentümerInnen, anderen Selbshilfe-Häusern und dem Kiezpalaver u. a. geschaffen.

Am Dienstag 18.00 standen dann ca. 150 Menschen vor der Tür zu den Häusern und begehrten Einlass. Für freien Eintritt zu den Dachböden war von Seiten der HausbewohnerInnen nicht gesorgt worden. So mußten wir eine kleine Bastelstunde einlegen (vielleicht mal vorher üben?). Nachdem sich alle umgeschaut hatten, begann das Plenum. Nach einer kurzen Einleitung, 'was bisher geschah', wurden die anwesenden WohnungseigentümerInnen gefragt, was sie auf ihrer Versammlung am Montagabend zu den beiden obenaufgeführten Punkten beschlossen haben. Es folgte darauf hin eine ziemlich schreckliche Diskussion, die mir jede, noch so ätzende VV bei uns in einem verklärten Licht erscheinen ließ. Ein paar Highlights: Eigentümerin: Die BesetzerInnen hätten doch selbst gesagt, sie sollten die Bullen holen, sonst würden sie hier nicht mehr rausgehen; oder zum Punkt freier Zugang: Wenn sie gewollt hätten, daß wir nicht auf den Dachboden kommen, hätten sie das schon zu verhindern gewußt. Und wenn sie uns den Schlüssel gegeben hätten, hätte das ja bedeutet, daß sie mit der Besetzung einverstanden wären; ich rede hier nur als Privatperson und so ging es weiter mit wieder unsäglichen Erklärungsbemühungen, warum den hier nicht gewohnt werden darf etc..

Um was es uns ging, also erst mal wieder eine Diskussionsgrundlage zuschaffen, hat m. E. keineR kapiert. Als Info kam als einziges raus, daß die Strafanträge nicht zurückgezogen sind und auch keineR, zumindest von denen, die sich geäußert haben, ernsthaft darüber nachdenkt.

Nun war ja wohl die Situation so, daß es anstand, daß die EigentümerInnen die Vesammlung verlassen. Da sie das aber nicht so sahen wie wir, entstand eine haarige Situation. Sie einfach dazulassen hätte eine Diskussion verunmöglicht. Einerseits hätten sie sicher nicht ihr Maul gehalten und andererseits waren sie ja offentsichlich nicht im geringsten bereit oder in der Lage ihre Birne anzuschalten, um wenigsten zu versuchen zu kapieren wo der Konflikt liegt. (Also z. B., daß der ganze Streit ja nicht darauf hinauslaufen muß, daß sich KiezbewohnerInnen gegenseitig das Leben schwer machen, sondern daß der durch die Wohnungsnot entstandene Handlungsbedarf ja gegen die dafür Verantwortlichen gerichtet werden muß.) Sie rauszuschmeißen, was dann auch geschah, hat aber jetzt sicher zur Folge, daß sie emotional noch aufgeheizter sind und zukünftig eine Diskussion noch unmöglicher wird (Aber vielleicht gibt es ja von unmöglich gar keine Steigerungsform). (Noch ein kleines Schmankerl, was mich selbst in dieser trostlosen Situation zum Lachen brachte: Auf die Forderung die EigentümerInnen sollen jetzt gehen: Das verständen wir wohl unter Demokratie)

Nachdem sie uns verlassen wurden, ging die Diskussion dann weiter. Zuerst natürlich um die Frage des Rausschmisses, aber ich glaube es war die einzige Lösung (sicher eine falsche), wenn *wir* nicht wieder gehen wollten. Dann ging's grundsätzlich nochmal um diese Besetzung, und ob dann nicht auch bei anderen Selbsthilfe- oder ehemals besetzten Häusern ähnliche Problematiken anstehen. So z. B. erwägen einige BewohnerInnen dieser Häuser noch schnell nach der Maueröffnung EigentümerInnen zu werden. Das soll am Sonntag um 16.00h auf der Fortsetzung des Kiezpalavers in den Häusern am Wassertorplatz weiterdiskutiert werden.

Ansonsten: Die BesetzerInnen bleiben wieder drin und brauchen viel Unterstützung, sei es materiell wie auch in Diskussionen mit den anderen HausbewohnerInnen, den es geht nach wie vor darum, daß die BesetzerInnen dort weiterwohnen können und früher oder später wird eine einvernehmliche Lösung getroffen werden müssen.

Verlegt eure Treffen dorthin und haltet euch öfters da auf, wenn's irgendwie geht, damit möglichst viele Leute da sind und die Bullen oder die EigentümerInnen selbst es etwas schwieriger haben, wenn sie räumen wollen.

Sonntag, 16.00 Kiezpalaver auf dem dachboden.

REDEBEITRÄGE VON DER WERRA-BLOCK-DEMO

Redebeitrag auf der Demonstration vom 23.3. zu Skoblos anderen Häusern

Roman Skoblo, Geschäftsführer der "Immobilien Braun", ist kein kleiner im West-Berliner Spekulantengeschäft. Wir wissen bisher von nahezu hundert Häusern im Besitz der "Immobilien Braun". Eines davon ist das Haus Kottbusser Damm 29/30 auf der rechten Seite. Vor einigen Wochen befand sich unten noch eine Drospa-Filiale. Nun, nachdem sich die Miete verdoppelt hatte, zog der kapitalkräftige Konzern Schlecker ein. Wer bei einer Gewerbevermietung den Zuschlag Skoblos erhalten will, muß tief in die Tasche greifen. Bei normalen WohnungsmieterInnen sieht dies oft nicht anders aus. Hier im Haus Kottbusser Damm 29/30 mußte zum Beispiel eine Mieterin, um die Wohnung zu bekommen, 5.000 DM über den Tisch schieben, ihne Quittung versteht sich. Dafür gab es dann einen Mietvertrag, der unter anderem die Zahlung von 200 DM monatlich für die Müllabfuhr vorsieht.

Skoblo ist sich für nichts zu schade. Um seine Spezialitäten, den Betrieb von Aus- und Übersiedlerwohnheimen besser verwalten zu können, gründete er eigens eine dafür zuständige Handelsgesellschaft, die SABRA GmbH mit Sitz, wie könnte es anders sein, in der Bismarckstrasse 106. Da fällt es einem schwer das Wort Menschenhandel nicht über die Lippen kommen zu lassen.

Auch im Haus Bleibtreustrasse 31 betreibt die SABRA ein Übersiedlerheim. Um es zu vergrößern, versucht Skoblo seit längerem einen letzten verbliebenen Mieter aus dem Seitenflügel rasuzuekeln. Das ging z.T. so weit, daß er ihm die Polizei auf den Hals hetzte. Der alte Mann kann sich keum wehren, weil er nahezu taub ist.

Das sind alles keine Einzelfälle. Die Interessen von Mietern und Mieterinnen spielen für Skoblo keine Rolle, was alleine zählt ist das Geld. Gerechtfertigt wird eine solche Haltung dann mit Sprüchen wie, daß im Werra-Block wieder gehobenes Wohnen möglich sein müsse. Daß da Leute hinziehen müßten, die eine Fünktion in der Gesellschaft erfüllten. Welche Funktion Skoblo erfüllt, das wissen wir, und das wissen vor allem die meisten seiner MieterInnen. Wir haben unsere Aktivitäten mittlerweile auf sechzig seiner Häuser ausgedehnt. Und fast überall, wo wir hinkommen und erzählen, wir kümmern uns um den Werra-Block, sind die Leute dann schnell offen und erzählen von ihren eigenen Erfahrungen mit der "Immobilien Braun". Wir denken, daß gerade jetzt die Gelegenheit günstig ist, sich als Mieter oder Mieterin gegen Skoblo und seine Verwaltung durchzusetzen. Dazu ist es aber notwendig, daß sich die MieterInnen in allen seinen Häusern austauschen und über ein gemeinsames Vorgehen verständigen. Skoblo darf keine Ruhe mehr haben, weder vor MieterInnen noch vor Wohnungssuchenden!

Werra Block Initiative

REDEBEITRAG ZU UMSTRUKTURIERUNG IN NEUKÖLLN

Seit Jahren wurden im Altstadtbereich von Neukölln Häuser verfallen gelasse Der Werra Block ist hier nur ein Beispiel dafür, wie Hausbesitzer und Spekulanten vom Schlage des Roman Skoblo unsere Mieten lieber in die eigene Tasche steckten, anstatt sie zur Instandhaltung der Häuser und Wohnungen zu verwenden. So mancher von ihnen hat sich so auf unsere Kosten eine goldene Nase verdient. Der schlechte, verrottete Zustand der Häuser im Altstadtbereich sowie die relativ geringen Mieten haben dazu geführt, daß sich hier in NK im Laufe der Zeit immer mehr Menschen mit geringen Einkommen, SoziempfäangerInnen und AusländerInnen angesiedelt haben. NK hatte in den letzten 1o Jahren den größten Zuwachs an ausländischen Menschen und Soziempfänger Innen.Dies ist für die HERRschenden im Rathaus eine explosive Mischung, ein potentieller Unruheherd. Sie bezeichnen dies als "SOZIALE MÄNGEL"!!!
Um den weiteren Zuzug von auländischen und Menschen mit geringen Einkommen eizudämmem, haben sich in letzter Zeit verstärkt Stadtplaner und Architekten auf NK gestürzt. Sie haben Pläne erarbeitet, um mit städtebaulichen Maßnahmen die Bevölkerungsstruktur von NK in ihrem Sinne zu verändern.
Durch gezielte Modernisierungsprogramme in sog. "Sanierungsgebieten"wie dem Kranoldplatz oder dem Bereich um die Flughafenstr. sollen bauliche UND sog. "SOZISLE MÄNGEL " behoben werden. Dies bedeutet für die dort lebenden Menschen und die dirt ansässigen Kleingewerbebetriebe, daß sie sich die Miete in den modernisierten Altbauten nicht mehr leisten können und aus ihrem Kiez wegziehen müssen. DAS IST VERTREIBUNG!!!
Stattdessen können sich nur Menschen mit sicheren und gut bezahlten Arbeitsplätzen die hohen Modernisierungsmieten leisten, die dann in der Regel 1o-15DM pro m3 betragen. So können sich Hausbesitzer, Spekulanten und sog. "gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaften"wieder dumm und dämlich verdienen!!!

Auch Roman Skoblo will im WB wieder "gehobenes Wohnen" möglich machen, zumal bald der Treptower Park wieder in unmittelbarer Nachbarschaft liegt. Für die derzeitigen MieterInnen im WB bedeutet dies aber auf lange Sicht, daß sie die längste Zeit dort gewohnt haben!
SO NICHT? HERR SKOBLO!!!Wir wollen zusammen mit den Mietern und Mieterinnen im WB leben!!!Ein lukratives Wohnheim für PoststudentInnen werden wir nicht hinnehmen!!!

Wir fordern Mieten, die die Instandhaltungskosten nicht überschreiten!!!

Kampf der Umstrukturierung der Stadtteile!!!

Für eine starke MieterInnenbewegung!!!

Zum aktuellen Stand:
Das Bezirksamt Neukölln hält die Vermietung an die Fachhochschule der Post mittlerweile nicht mher für Zweckentfremdung, obwohl es immer noch keine Einzelmietverträge gibt. Die Post hat allerdings zugesagt, keine weiteren Wohnungen mehr anmieten zu wollen. Die Verhandlungen mit dem Diakonischen Werk sind aller Voraussicht nach gescheitert, angeblich wegen des ganzen Rummels um den Werra-Block.

Redebeitrag auf der Demonstration vom 23.3. zu Skoblo

Der Werra-Block steht als Beispiel für die Spekulation mit Wohnraum, für die Vertreibung von Mietern und Mieterinnen, für die geplante Umstrukturierung zum sogenannten besseren Viertel. Das Interesse, mit dem Werra-Block ein größtmöglichstes an Gewinn zu machen, zieht sich wie ein goldenglitzernder Faden durch die Machenschaften der "Immobilien Braun" und des Roman Skoblo. Nachdem das schnelle Geld mit Übersiedlern durch das Bezirksamt verhindert wurde, versuchte man sich an Privatmodernisierung und weiterem Leerstand. Letzterem haben wir nun durch unseren Druck ein Ende gemacht. Aber Skoblo wäre nicht Skoblo, wenn er nicht auch da noch das beste draus machen wollte. Wenn schon Vermietung, dann bitteschön mit dem maximalsten an Gewinn und dem kleinstmöglichen an Ärger.
Bereits Ende Februar vermieteten Skoblo und die "Immobilien Braun" 15 der insgesamt 100 leerstehenden Wohnungen an die Fachhochschule der Deutschen Bundespost. Das Bezirksamt Neukölln wußte, trotz vorliegender Zweckentfremdung, von allem wieder mal nichts. 60 weitere Wohnungen sollen, ginge es nach dem Willen Skoblos, in gleicher Manier an das Diakonische-Werk verschachert werden.
Skoblo ergreift die Flucht nach vorn.
Obwohl ihm bereits so manches Fell davon geschwommen ist, obwohl er nun tausende oder hunderttausende für die Mängelbeseitigung im Werra-Block aufbringen muß, immer noch zeigt er sich von allem unbeeindruckt.

Aber Roman Skoblo, wir wissen, und du weißt es auch, daß die letzten vier Monate alles andere als ein Honigschlecken für dich waren, wir wissen, und du weißt es auch, daß wir unsere Aktivitäten bereits auf sechzig weitere deiner Häuser ausgedehnt haben, wir wissen, und du weißt es auch, daß alleine, wenn sich die MieterInnen in deinen Häusern zusammentun, um z.B. nur die ihnen zustehenden Rechte, etwa auf Instandsetzung, einzufordern, daß du dir dann vielleicht sagen wirst, hätte ich damals nur nachgegeben. Und falls du wegen fortgesetzten Mietwuchers in mehreren Fällen tatsächlich mal in den Knast kommen solltest. Dich werden wir nicht rausholen!

Die nunmehr zur Vermietung anstehenden Wohnungen gehören nicht Skoblo, sie gehören nicht zweckentfremdet, sondern sie gehören schlicht und ergreifend uns! Und sie gehören denjenigen Mietern und Mieterinnen im Werra-Block, die sich seit Jahren bei der "Immobilien Braun" um eine größere Wohnung bewerben, aber immer noch zum Teil zu fünft in einem Zimmer leben.

Für diese Menschen soll es aber nach dem Willen Skoblos keinen Platz mehr geben in der Gegend um den Werra-Block. Die Vermietung an die Fachhochscule der Post rechtfertigte er mit den Worten: "Hier muß wieder gehobenes Wohnen möglich sein, zumal ja bald der Treptower Park zugänglich sein wird. Hier müssen Leute wohnen, die eine Funktion in der Gesellschaft erfüllen."

Abgesehen davon, daß die an die Postbeamten vermieteten Wohnungen bereits wieder Wasserschäden aufweisen, abgesehen davon, daß es Skoblo war, der den Werra-Block verrotten ließ, von all dem abgesehen: Was aus diesen Worten spricht ist Zynismus in seiner abscheulichsten Form. Skoblo steht in nichts dem sozialhygienischen Vokabular mancher Kreuzberger Politiker nach. Nach Kreuzberg soll nun also auch Neukölln frei werden von AusländerInnen, SoziempfängerInnen, Alten, Kranken und Menschen mit geringem Einkommen.

Aber warte nur ab, Skoblo, wir werden eine Funktion erfüllen, allerdings nicht die, die du meinst. Wir werden nicht diejenigen sein, an denen sich dein Spekulantenbauch sattfrisst, sondern wir werden die Reißzwecken sein, die du einmal geschluckt hast und an denen deine Verdauung zugrunde gehen wird.

Werra Block Initiative

WOHNUNGSNOT UND K90

die ursachen für die verschärfung der wohnungsnot sind recht bekannt: der wohnungsmarkt wird hauptsächlich von den hauseigentümern und teilweise durch gesetze bestimmt. gerade . die aufhebung von einigen schranken am 1.4.'88 hat den spekulanten tor und tür für die totale ausplünderung der wohnungsresource geöffnet. es hat zwar schon immer spekulation mit wohnraum gegeben (zum teil unter mißachtung der gesetze), aber in letzter zeit verschlimmerte sich die lage zusehens! dabei profitieren die hausbesitzer sowieso schon von einem mehrwert, der ihnen gar nicht zusteht: die mieten beinhalten außer dem vielleicht aktzeptablen instandhaltungsgeld, über deren ausgabe aber nur der hausbesitzer und/oder -verwalter bestimmt, zum größten teil den bloßen verdienst, den sich die hauseigentümer einstecken. sie sind allein durch die besitzurkunde und der damit verbundenen machtabsicherung durch den staat berechtigt, uns einen großteil unseres geldes abzuziehen. und jetzt besteht verstärkt die möglichkeit, durch unnütze luxusmodernisierung den wohnungsbenutzenden immer mehr abzuknöpfen!

SOMIT IST GANZ KLAR DER HAUSBESITZER DAS ZU BEKÄMPFENDE HAUPTÜBEL!!!

aber solche machenschaften ziehen immer einen rattenschwanz von auswüchsen hinter sich her. auf einen will ich im besonderen eingehen:

DIE YUPPISIERUNG DER KIEZE.

seit einiger zeit sieht mensch verstärkt in 44, 36, 61 (und 62,30,65?) wohnungsgesuche hängen mit belohnungen von mittlerweile 300 -2.000 dm. diese miese art mit soviel geld leute zu bestechen, wird von immer mehr wohnungssuchenden durchgezogen. dabei bleiben dann diejenigen auf der strecke, welche ansonsten hauptsächlich in diesen kiezen wohnen: menschen mit geringem einkommen (z.b. ausländerInnen, soziempfängerInnen, arbeitslose, punx, u. andere).dadurch daß die yuppies mit ihren dicken geldbörsen in die billigen kieze wollen, können die eigentümer der häuser die mieten noch leichter erhöhen und es ist so auch bedarf für luxusmodernisierte wohnungen vorhanden. die yuppies werden somit den eigentlichen bewohnerInnen längerfristig und auch jetzt schon die wohnungen strittig mAchen. vor allem auch weil die ärmeren menschen immer stärker vom rausschmiß bedroht sind und durch die drohende hauptstadt großberlin sind diese bezirke dann als innenstadtbereich besonders gefährdet!

deswegen ist es <u>auch</u> wichtig, diese ansätze der yuppisierung als konkrete bedrohung zu bekämpfen: auf ein VERSTÄRKTES ABREIßEN DER BELOHNUNGSZETTEL! ihr könnt auch den yuppies eure meinung sagen (telefonnummern sind am zettel)! LASSEN WIR IHNEN KEINE CHANCE DEN "SOZIALEN RAND" DIESER GESELLSCHAFT AUS DEN KIEZ ZU VERTREIBEN! KLASSENKAMPF 90 GEGEN SPEKULANTEN & YUPPIES! FÜR EINE REVOLUTIONÄRE 1. MAI-DEMO!!!!!

ein kreuzberger

HAFENSTRASSE INFORMIERT

Am Montag, den **9.4.90** beginnt im Hamburger Zivil-justizgebäude, Saal 108, **9 Uhr** ein bisher einzigartiges "Zivil"-Verfahren. Der Hamburger Senat, vertreten durch die Abrissfirma "Hafenrand GmbH" will die juristische Absegnung seiner Kündigung gegen den Verein Hafenstrasse erzwingen. Die "rechtsstaatliche" Ausstaffierung der militärischen Räumung wäre durchgesetzt. Der 9jährige Kampf um unseren Lebensraum dann polizeilich jederzeit zu beenden. Alle Kündigungen des Pachtvertrags durch den Senat werden auf den Vertragsparagraphen 17 gestützt: Für jede "strafbare Handlung" einer einzelnen Bewohnerin/Bewohner werden Alle verantwortlich gemacht, sprich : der gesamte Vertrag wird gekündigt. Das reine Prinzip der Sippenhaftung. Ein deutsches Prinzip, das die Tür öffnete, durch die in letzter Konsequenz Zehntausende in die KZs verschleppt wurden. Das Gericht hat für den Prozess folgende Bedingungen gesetzt:
Spezielle Einrichtung sog. Kontrollpunkte (getrennter Einlass für Journalisten und Besucher), Durchsuchung mit Sonden und Leibesvisitation, begrenzte Zuhörerzahl auf 48 mit vorher ausgegebenen Eintrittskarten, Absperrung des restlichen Gerichtsgebäudes. Es ist das erste Mal, daß solche Auflagen bei einem "Zivil"-Prozess angewendet werden. Wir kennen das sonst nur bei politischen Strafverfahren nach §129 und §129a.
Um zu demonstrieren, daß es im Kern um die Zerschlagung eines politisch ziellosen, kriminellen Potentials geht bereitet die Staatsmacht kurz vor Beginn des Prozesses eine "Propagandashow" für die Öffentlichkeit vor:

1.Akt: Samstag 31.3.90:

Am Hans Albers Platz hatten sich ca 60 Hooligans versammelt. Wir waren in Alarmbereitschaft. Währenddessen preschten im saturday night fever massenweise Autos in die neuerdings verkehrsberuhigte Sackgasse Bernhard Nocht Strasse. Busse blieben stecken - völliges Durcheinander.
In Erwartung des möglichen Hooligan Überfalls sperrten Leute die Strasse mit einem Müllcontainer und einem Band ab. Kurz darauf wurden wir an zwei Punkten um die Häuser von Unbekannten mit Böllern beworfen. Als wir uns mit Pyros verteidigten wiesen sie sich durch Ziehen der Dienstwaffe als Zivilbullen aus. In den bundesweiten Medien wurde daraus "Barrikade mit Ausschreitungen - die ganze Nacht lang".

2.Akt: Dienstag, 3.4.90:

Morgens um 7 Uhr rückten 2 Hundertschaften MEK mit Räumgerät und Wasserwerfern auf der Bernhard Nocht Strasse gegen die Häuser vor. Zusätzlich die, von ihnen informierte Presse und Staatsanwaltschaft. Nach der dritten Aufforderung, ihnen Einlass zu gewähren um drei Haftbefehle zu vollstrecken begannen sie die Türen der Bernhard Nocht Strasse 16,22,24 aufzusägen und aufzubrechen. Die Hafenrandeingänge der gleichen Häuser blieben ungesichert. Als sie am Eingang des Hauses Nr.: 16 auf Widerstand stiessen und sich von der Tür zurückziehen mussten führten sie der Presse einen selbstgebastelten "Belagerungssturm" vor, mit dem sie das Haus durch ein Fenster im ersten Stock stürmten. Mehrere Wohnungen wurden mehr- oder weniger planlos verwüstet. In der Gemeinschaftsküche wurde in uns reingeprügelt. Nur in diesem Haus wurden umfassende Personalienfeststellungen gemacht. 4 Leute von uns wurden wegen angeblichem Widerstand an diesem Tag oder fehlendem Ausweis vorläufig festgenommen. Die Festgenommenen wurden pressewirksam durch ein Blitzlichtspalier zum Gefangenentransporter gebracht. Speziell in diesem Haus gab es keinen Haftbefehl zu vollstrecken, es gab nur eine Forderung des Gerichtvollziehers. Die Festgenommenen wurden nach Beendigung der Inszenierung wieder freigelassen.

Mit dieser Dramaturgie versuchen sie zu verdecken, daß sie mit dem §17 ihren "rechtsstaatlichen Weg" längst verlassen haben. Das dazu benutzte Instrument - Sippenhaft, verrät seine Herkunft selbst - Faschismus.
Es soll das Dilemma des Senats, uns als politischen Gegner nicht offen vernichten zu können, juristisch lösen.
Diese Tatsache wollen sie verschleyern, deshalb fahren sie solche Einsätze gegen uns, mit dem Ziel uns einerseits zu demoralisieren und andererseits ihr Vorgehen in der Öffentlichkeit zu legitimieren. Auch diese Woche erwarten wir noch weitere Provokationen von ihnen. (Samstag 7.4. Fussballspiel HSV gegen Dortmund)

Wir gehen zu unserem Prozess.
Wir lassen sie dieses Süppchen nicht im Hinterzimmer kochen.

Kommt alle am Montag, den 9.4. um 8 Uhr zum U Bahnhof Feldstrasse.

Hafenstrasse 4.4.90

UMSTRUKTURIERUNG IN H UND HH

PHANTOMenale AKTIONSTAGE in HAMBURG vom..... bis 30.6.90

GEGEN KULTUR- BEVÖLKERUNGS- STANDORT- UND REPRESSIONSPOLITIK
IM RAHMEN DER EUROPA 92-PLÄNE AM BEISPIEL HAMBURG

Am 29.6.1990 wird die Eröffnung des KURZ-KULTUR-PALASTES mit der Premiere des Musicals "PHAMTOM DER OPER", stattfinden.
Viel Prominenz aus Politik und Wirtschaft wird diese (1.000,-- DM Eintritt kostende) Premiere als weiteren Meilenstein Hamburger Standortpolitik abfeiern.
Wir wollen den Pfeffersäcken diese Feier vermiesen - Ihnen unsere Vorstellungen von Politik und Kultur entgegensetzen, weil die Fertigstellung des Kulturpalastes ein Symbol für eine (Standort) Politik ist, die wir bekämpfen.
Wir wissen nicht, ob Zufall, jedenfalls durchaus passend findet in den Tagen vor der Phantom-Premiere vom 26.6. bis 28.6.90 die Tagung der Internationalen Handeskammer in Hamburg statt. Ein Grund mehr, aktiv zu werden.

Was ist Standortpolitik:
Die Propagandafloskel "Standortpolitik" bedeutet: Alle Politik bekommt das Ziel, eine bestimmte Sorte moderner Unternehmen anzulocken - Mikroelektronik, Gentechnologie, "Neue Medien"-Betriebe, höchstentwickelte Rüstungsindustrie; kurz: High-Tech-Betriebe, in denen wenige Menschen beschäftigt werden, aber viel Kapital investiert wird, und in denen keine ArbeiterInnen gebraucht werden, sondern die young urban professionales, die Yuppies! Priviligierte jüngere Leute, die nach ihrem gutbezahlten Job Spaß haben und schick sein wollen.
Diese Politik geschieht auf dem Rücken der "alten" Industrien wie etwa der Werften: Die werden zerstört und in andere Weltgegenden verlagert, wo das Kapital die ArbeiterInnen noch schrankenloser als hier ausbeuten kann.

Weil eine neue Industrie auch eine neue Bevölkerung mit einer ganz bestimmten Lebensform und Kultur verlangt, heißt Standortpolitik auch Bevölkerungspolitik, Sanierungspolitik und Kulturpolitik.
Senat und Kapital müssen zusammen mit den High-Tech-Betrieben auch die Menschen anlocken, die in diesen Betrieben arbeiten sollen und die wollen schön gestylte, moderne Wohnungen haben (für die sie auch gerne viel Geld bezahlen), und sie wollen in einer Stadt leben, die ein sogenanntes "weltstädtisches" und "modernes" Image hat. Zu so einem Image gehören unter anderem auch Musicals.

Im "Manager-Magazin" 3/90, nicht gerade unsere Frühstückslektüre, wird vorhergesagtes noch einmal bestätigt. Nach einer Umfrage unter 11.000 Unternehmern in Europa, welche Städte und Regionen die Aufsteiger der 90ger Jahre sein werden, landete Hamburg auf Platz 1, nicht zuletzt durch die politische Entwicklung in Osteuropa, wo ein zu befürchtendes neues Großdeutschland und die EG neue Märkte erobern wollen.
Zitat:"Kennzeichnend für die Wachstumszentern ist neben ihrer geografischen Zentrallage eine führende Stellung in hochwertiger industrieller Fertigung und bei produktionsorientierten Dienstleistungen. Dazu kommen attraktive Freizeit- und Kulturangebote, die heute eine immer wichtigere Rolle spielen, um Führungskräfte in diese Regionen zu ziehen."
Im gleichen Manager-Magazin wird übrigens auf die Premiere von "Phantom der Oper" in Hamburg hingewiesen.



"Soziale Entmischung" und Integrationsversuche:

Bevölkerungspolitik im Zeichen der Standortpolitik heißt nicht nur, eine bestimmte Personengruppe nach Hamburg zu holen, sondern auch, eine andere zu vertreiben: Nämlich die "innenstadtuntypische Bevölkerung". Der verwaltungstechnische Ausdruck für deren Vertreibung ist "soziale Entmischung".; die gegenwärtig bestehende gemischte Bevölkerung wird aufgeteilt. Der innenstadtuntypische Teil ist der, für den die neugeordnete Gesellschaft keine Verwendung mehr hat. Sie werden funktions- und erwerbslos, verarmen und werden einerseits in die Sozialbausilos am Stadtrand abgedrängt, andererseits um Widerstand gar nicht erst aufkommen zu lassen oder zu brechen, integriert. Das heißt, das ein oder andere Wohnprojekt oder ein alternativer Werkhof wird schon mal zugelassen oder sogar gefördert.
Den Großteil der Alten, Ausländer, Krüppel und allen, die die fröhliche, angenehme neue Welt der Standortpolitik stören, wird diese Politik allerdings vertreiben.

Vertreibungspolitik hat Tradition

Schließlich könnten die Opfer einmal zu einem Widerstandspotential werden; und diese Überlegung hat Tradition: 1901, vier Jahre nach dem Hafenarbeiterstreik 1896/97 wurde im Südteil der Neustadt abgerissen, einem Viertel, in dem hauptsächlich HafenarbeiterInnen wohnten. 1906 begann der Abriß der nördlichen Altstadt, wo es ein Jahr zuvor heftige Unruhen gab. Nach der gescheiterten Revolution 1918/19 fielen in den 20iger Jahren die ArbeiterInnenquartiere und Gängeviertel in der südlichen Altstadt der Sanierung zum Opfer. Die Nazis rissen 1934 die nördliche Altstadt ab, die KPD-Hochburg der Jahre zuvor.
Die ArbeiterInnenviertel Hammerbrook und Rothenburgsort standen als nächste auf der Liste, sie wurden dann aber durch den Krieg zerstört; nach dem Kriege waren Eppendorf, Eimsbüttel, Hoheluft und St.Georg dran, heute stehen Schanzen- und Karolinenviertel, St.Pauli und Altona-Altstadt auf der Tagesordnung.
Die Geschichte der Sanierungspolitik ist die Geschichte der Zerschlagung von Widerstandspotential. Was Nazis und Kriegszerstörung übrigließen, wird heute zu Ende saniert.

Sanierung in kleinen, größeren und ganz großen Schritten

Zur "sozialen Entmischung" führen viele Wege. Der einfachste ist, Häuser mit billigem Wohnraum abzureißen und neue, teurere in die Lücke zu bauen. Ein anderer ist die "Sanierung in kleinen Schritten"; Häuser werden modernisiert und "zwangsläufig" teurer. Wer die Miete dann nicht mehr zahlen kann, bekommt eine Saga-Wohnung zum Beispiel in Lurup. Eine Schlüsselfunktion haben die Ladenmieten: Sie steigen, es treten andere teurere Läden und Lokale an die Stelle der alten und das bedeutet auf längere Sicht: der Wohnwert des Viertels steigt, zu deutsch: Es ist schicker geworden, ein Grund, die Wohnungsmieten zu erhöhen. Großprojekte wie der Kurz-Kultur-Palast beschleunigen diese Entwicklung noch.
Am ursprünglich geplanten Standort am Schulterblatt hat ein Großteil der Bevölkerung dies durchblickt und durch vielfältigen und langandauernden Widerstand dieses Projekt verhindert. Das der Palast jetzt nur 800 Meter weiter hochgezogen wurde und in der alten Flora den Menschen im Stadtteil vage ein Stadtteilkulturzentrum zugesagt wurde, zeigt den Versuch von Befriedungspolitik bei gleichzeiter Realisierung der ursprünglichen Pläne.



The PHANTOM of the OPERA

Da der Kurz-Kultur-Palast für uns nur ein Symbol für eine bestimmte, oben aufgezeigte Politik ist, seien an dieser Stelle noch einige andere Hamburger Beispiele genannt:

- Olympiapläne mit dem Olympia-Gutachten in der unabhängig von Olympischen Spielen in Hamburg die wirtschaftlichen Entwicklungserwartungen der westlichen Industrienationen für die nächsten Jahrzehnte aufgezeigt werden. Die Gutachter leiten daraus entscheidende Konsequenzen für die Stadtentwicklung Hamburgs ab. Umgesetzt wurde dies im sogenannten Papier zur Westlichen Innenstadt (WIS). Die Gründung der Stadterneuerungsgesellschaft (STEG) ist eine erste Folge daraus. Dazu gibt es eine sehr zu empfehlende Broschüre.
- Vernichtung billigen Wohnraumes (Pinnasberg, Kampstraße etc.) Zerschlagung von Wohnprojekten, wenn sich Widerstandspotential gebildet hat (Pläne Hafenstraße), Vertreibung der Punks aus der Sommerhuder Straße, Räumung der "LAMA" (Marktstr./Laiszstr.) für das Spekulantenschwein Rabehls, aber auch Verkauf von Sozialwohnungen an private Miethaie wie z.Beispiel Conle.
- Kultur-Rummel wie Hafengeburtstag oder Alstervergnügen, riesige Subventionen von (reichen) Minderheitenkultur wie Staatsoper während die Gelder für Stadtteilkultur gekürzt oder gar nicht verteilt werden.
- Gelder im sozialen Bereich werden gekürzt. Es fehlen in Hamburg 10.000 Kindergartenplätze!
- Fahrpreiserhöhungen im öffentlichen Verkehr. Ein Yuppie fährt Auto!
- Weitere Pläne für Großprojekte wie Mehrzweckhalle, Wasserturm im Sternschanzenpark, Hotelneubau in der Feldstraße, Speicherstadt, Kehrwiederspitze und und und........

Kulturpolitischer Aspekt der "Phantom der Oper" Premiere

McDonaldisierung als höchstes Stadium kapitalistischer Kultur

Die Firma Stella will mit "Phantom der Oper" Tag für Tag 2000 Menschen dazu bringen (und sie schafft es), für völlig überhöhte Preise eine Einheitsshow zu begaffen, routinierte Fließbandproduktionen, die das tatsächliche Leben der Menschen nicht zum Thema machen. Diese Kultur ist nicht ein Mittel der Aufklärung, der Auseinandersetzung mit menschlicher Wirklichkeit , sondern nur pompöses Betäubungsmittel mit dickem Reibach. In unseren Augen Volksverdummung, wobei wir hier festhalten wollen, daß es uns nicht darum geht, etwa Musicals zu verbieten.

Neu sind die gigantischen Ausmaße: Der Stella-Neubau an der Holstenstraße wird das größte Theater Theater Hamburgs sein; selbst das Operettenhaus faßt nur 1.100 Cats-Besucher. Stella muß bei solchen Dimensionen durch gezielte und massive Werbkampagnen auch viele ArbeiterInnen- und AngestelltInnenfamilien dazu bringen, den hohen Preis für eine Eintrittskarte oder gar eine Tour nach Hamburg, der Musicalstadt (MIT Besichtigung von St.Pauli und Übernachtung in einem feinen Hotel) zu bezahlen: Schließlich gibt es gar nicht so viele Neureiche und Yuppies, daß sich alleine für sie ein derartiges Monstertheater lohnen könnte. Für den Senat (und uns) hat die Musicalpremiere mit ihrem weltstädtischen Flair eine symbolische Bedeutung.



Die Aktionstage vom ..... bis 30.6.90
stellen wir uns so vor:

-4-

Trotz großen Aufgebots...

Die Umstrukturierungs/Standortpolitik trifft auf jeden Fall einen Großteil der eher armen Bevölkerung in der westlichen Innenstadt (aber nicht nur die).
Durch vielfältige Aktionen, Gegenkultur, Feste und Veranstaltungen wollen wir ein Zeichen setzen, daß obengenannte Politik nicht ohne unseren Widerstand vonstatten gehen wird!
Wir werden zeigen, wie einfallsreich wir sein können; das Ganze soll gut und bockvoll abgehen ohne dabei den ernsten Hintergrund zu vergessen. Alles ist erlaubt, es gibt keine Ausgrenzungen der Aktionsform. Alle, die sich in dieser Wiedervereiterungszeit zum Kotzen fühlen, sollen das zeigen und sind eingeladen, das gilt auch für Leute aus anderen Metropolen, die genau so betroffen sind wie Hamburg.
Fest steht bis jetzt, daß es viele kleine Aktionen von Shell bis Häuserkampf - mehrere Feste und natürlich den Premierenabend am 29.6. an der Holstenstraße mit unserer schrillen Begleitung geben wird.



Gleichzeitig könnten diese Aktionstage auch die Möglichkeit bieten, sich über zukünftige autonome, antikapitalistische Widerstands- und Politikperspektiven in einem möglichen Großdeutschland mit erstarkendem Nationalismus und dem geplanten Europa 92, auseinanderzusetzen. Hierzu wird versucht, Papiere für diese Diskussion vorzubereiten und zu verschicken.
Wir fordern alle Gruppen und Menschen auf, sich an den Vorbereitungen für die Aktionstage - wie auch immer - zu beteiligen.
Schönen Gruß vom ZK der Abteilung Wasserkante.

Ab jetzt finden regelmäßige Treffen jeweils mittwochs 14tägig in der Roten Flora statt. Die nächsten Termine sind: 4.April, 18.April um 19.00 Uhr.

Kontakt: Phantomenale Tage
c/o Rote Flora
Schulterblatt 71
2000 Hamburg 50



EXPO

AKTIONEN GEGEN DAS 'WEST-OST-SYMPOSIUM' IN LOCCUM VOM 7.-8. MAI UND DEM HEARING AUF DER MESSE AM 9.MAI

Das Aktionsbündnis gegen die Weltausstellung hat vorgeschlagen, dem Strategiesymposium während der Industriemesse Protest und Widerstand entgegenzusetzen. Eine Reihe Einzelpersonen und Gruppen beteiligen sich inzwischen an den Vorbereitungsveranstaltungen. Wir haben uns bisher dreimal getroffen, geplant ist eine größere Veranstaltung Ende April auf der die Aktionen nochmal vorgestellt werden. In diesem Papier wollen wir die inhaltliche Konzeption des 'West-Ost-Symposiums' vorstellen.
Das Symposium wird von der Messe AG, nds.Landesregierung und der evang.Akkademie Loccum veranstaltet und ist als Arbeitstreffen von Industriemanagern, Bankern und Wissenschaftlern geplant. Unter der Schirmherrschaft von R.v.Weizsäcker soll das Treffen ., das ist das Interesse der EXPO-Betreiber, zu einem 'Sinngebungs-Symposium' für die Weltausstellung 2000 in Hannover werden. Das Arbeitstreffen findet parallel zur Industriemesse statt, propagandistischer Höhepunkt ist das ganztägige Hearing auf der Messe. Gezielt soll vor dem internationalen Publikum für den Industriestandort Hannover geworben werden und privaten Investoren die Beteiligung an der Weltausstellung schmackhaft gemacht werden.
Denn das Weltausstellungsbüro in Paris hatte bemängelt, daß in Hannover die Einbindung privaten Kapitals zur Finanzierung der Weltausstellung noch nicht zufriedenstellend sei.
Passend zur Euphorie über die neuen Expansionsmöglichkeiten in Osteuropa für das westliche Kapital haben die EXPO-Betreiber das Symposium unter das Thema 'West-Ost-Symposium.Mensch-Natur-Technik.Der Weg Europas ins nächste Jahrtausend' gestellt. Hannover wird in Zukunft verstärkt mit seiner Funktion als 'Drehscheibe' im West-Ost-Handel zu werben. Den Veranstaltern liegt daran, diese Expansionsphase mit der EXPO zu verknüpfen. 'Drehscheibenfunktion' und EXPO sollen nicht das notwendige Geld für Umstrukturierung, Industrie- und High-tech-Ansiedlungen bringen, sondern auch die nötige Akzeptanz schaffen. (O-Ton der Betreiber: "Nach den historischen Veränderungen in Osteuropa sind jetzt alle Menschen in Europa aufgefordert, über die Zukunft ihres Kontinentes gemeinsam nachzudenken und verantwortungsbewußt zu handeln.")
Die evang.Akkademie Loccum, die für sich in Anspruch nimmt, Ort des konflikthafen überparteilichen gesellschaftlichen Dialoges zu sein, eignet sich für diese Ziele daher gut. Die ausgesuchten Experten werden wirtschaftspolitische Strategiepapiere für die weitere Entwicklung Europas als imperialistischem Zentrum erarbeiten. Koordiniert werden sollen Strategien im Finanz-, Sozial-, Ernährungs- und Energiebereich, damit die Durchkapitalisierung der Staaten Osteuropas und die weitere EG-Binnenmarktvereinheitlichung reibungslos durchgeführt werden können. Die Einführung von Markt- und Wettbewerbsverhältnissen, wie sie in den Westeuropäischen Staaten gelten, von Privatbesitz an Produktionsmitteln, 'freie' Preisbildung und sollen in Einklang gebracht werden, daß die offensichtlichen Krisenerscheinungen (Arbeitslosigkeit pp) nicht zum sozialen Pulverfaß werden. Es soll suggeriert werden, daß es den 'aufgeklärten, sozial- und umweltverträglichen Kapitalismus'-oder besser 'soziale Marktwirtschaft, wie die Herrschenden neuerdings sagen, geben kann. Deutlich wird das z.B. daran, wie die 'Ökokatastrophe' integriert wird. Dem Trikont wird vorgeworfen, durch extensive Nutzung fossiler Energien die Umwelt zu stark belastet zu haben und deshalb müssen nun auch für Osteuropa "energiewirtschaftschaftliche Vorstellungen und ökologische Rahmenbedingungen" wieder zusammengeführt werden.
Im Bereich Banken werden die TeilnehmerInnen Richtlinen für die weitere Kreditvergabe an die Staaten Osteuropas, genannt wird das Bespiel Polen, festlegen. Aufgabe der AG Landwirtschaft wird es sein, Konzepte zu entwickeln, damit die Kapitalisierung in diesem Sektor keine Folgekosten im Umweltbereich verursacht und die EG-Nahrungsmittelhalden nicht noch größer werden. Im Sozialbereich sollen die Techniken verfeinert werden, die eine weitgehende Befriedung der Klassenauseinandersetzungen versprechen (wie soll das 'soziale Netz' von Sozialhilfe bis Rente kostengünstig und effektiv aussehen?).
Im Zentrum stehen dabei die "neuen Migrationsbewegungen", dh die OsteuropäerInnen, die nach Westeuropa wollen aber nicht mehr kommen sollen.
Der Bogen zur Weltausstellung wird durch den Leitfaden aller Arbeitsgruppen 'Mensch-Natur-Technik' sichergestellt. Die Wirtschaftsstrategen etwa sol- Wege aufzeigen, wie "das Verhältnis zwischen Mensch, Natur und Technik qualitativ besser austariert werden kann". Schon im Vorfeld also ökologische und soziale Kosten miteinkalkuliert werden, damit die neue Expansionsphase, die mit einer völligen Veränderung der sozioökonomischen Strukturen Osteuropas einhergehen wird, möglichst reibungslos durchgeführt werden kann.
Sofern die EXPO nach Hannover kommt (Entscheidung wird im Juni offiziell bekannt gegeben), sollen weitere derartige Veranstaltungen folgen, um die Konzeption des 'Internationalen Populärwissenschaftlichen Zentrums (IPZ)' zu bestimmen. Das IPZ ist innerhalb des Weltausstellungskonzeptes zentral für die Finanzierung der EXPO in Hannover und die Nachnutzung des EXPO-Geländes. Ohne das IPZ wären sämtliche Investitionen der Stadt in die aufgeblasene Infrastruktur und Verkehrsplanung vom Flughafen zum Messegelände nicht legitimierbar. Im IPZ sollen Ausstellungen, Veranstaltunge etc. Akzeptanz für die Projekte der Herrschenden in den Bereichen Gen- und Informations- und Kommunikationstechnologien schaffen.
Am 9.Mai sollen dann die Ergebnisse der Loccumer Tagung in Form von "Empfehlungen an die Länder Europas für die 90er Jahre" öffentlich auf der Messe vorgestellt und diskutiert werden.

Wir haben uns bisher auf zwei Aktionen verständigt:
Loccum: 7.Mai bis 13 Uhr
Wir wollen nicht zulassen, daß Loccum ein ruhiges Hinterland ist, in dem Strategien für die neue Osteroberung des deutschen Kapitals erarbeitet und als 'philosophischer Hintergrund' für die EXPO verkauft werden. Darum werden wir die TeilnehmerInnen des Symposiums vor Ort mit unserem Widerstand konfrontieren.
Oper: 8.Mai ab 17.30 Uhr
Vor der Oper, als Kulturtempel der Reichen Symbol für die soziale Polarisierung, soll eine politisch starke Demonstration enden, die allen von der Umstrukturierung durch die Expo Betroffenen Raum bietet, sich gegen das Projekt und die damit verbundene Ausgrenzung sozialer Randgruppen aus der Innenstadt und weitere Verschlechterung der Lebensbedingungen durch Ansteigen der Lebenserhaltungskosten pp. zu artikulieren.

Vorbereitungstreffen:
jeden Freitag 18 Uhr
Stärkestr. 15 Hannover/Linden

Aktionsbündnis gegen die EXPO

ANTI-RASSISMUS HEIßT... EINE ANTWORT

wir, einige nach eueren kriterien wohl "linke rassisten", nach unseren Kriterien (antifaschistische, logisch) kommunistische autonome, haben euere artikel "hoch die internationale solidarität?" und anti-rassismus heißt..." in interim 97 gelesen.auch wenn eure form der auseinandersetzung, die plattheit eures antifaschismuses/-rassismuses und euer antikommunismus kaum noch platz zur offenen diskussion läßt, wollen wir euch antworten. ein schuß polemik oder zynismus sei uns daher im voraus verziehen, aber manchmal kam uns schon das kalte grausen. eine antwort auch deshalb weil wir sehr wohl mehr als nur eine notiz vom kampf gegen die sog. ausländerInnengesetzgebung nehmen, selbst teil dieses kampfes sind und eine gemeinsame diskussion und praxis aller antifaschistischen(!!!) kräfte gegen diesen aus (ent-) wurf wollen.also dann!

wir haben also sehr wohl kenntnis von der größten demo seit der iwf sonntagsdemo in west-berlin genohmen, auch davon, daß sie sich gegen den sog. ausländerInnenerlaß richtete, also formal antirassistisch/-faschistisch geprägt war.. trotzdem haben unter anderen wir uns gegen eine teilnahme entschieden.

ein grund ist sicherlich das spektrum der teilnehmenden gruppen. ihr zählt die so einfach als "frauengruppen, fußballvereine,der verein berliner türkischer kaufleute, moscheen(!) etc." auf(interim seite 12) auf. auch habt ihr sehr wohl bemerkt, daß nationalistische gruppen mitmaschierten, aber "der türkische nationalismus konnte, nach absprache im aktionsbündnis (zb. keine nationalfahnen) nicht in erscheinung treten (seite12). auch daß linke türkische (kurdische erst gar nicht, anmerk.) nicht dabei waren, tut ihr einfach so ab (s.13). Ihr propagiert "die gemeinsame solidarität", egal ob mit "fundamentalisten, kaufleuten,jugendlichen oder alte" (s.14).

so einfach ist es aber nicht. an dieser demonstration nahmen unter anderem kemalistisch/nationalistische,fundamentalistische und faschistische (tarnorganisationen der grauen wölfe) gruppen teil. kemalistisch/nationalistische gruppen, die basierend auf kemal atatürks ideen einen armenierInnen-/kurdInnenfeindlichen nationalismus propagieren. das türkische volk als art übermenschen (sonnenvolk, türkische sprache gleich sonnensprache). kurdInnen sind für sie nur Bergtürken (=untermenschen), die kurdische sprache wird negiert, verboten oder als "entartetes türkisch dargestellt.basierend auf diese ideologie wurden seit mitte letzten jahrhunderts hunderttausende ArmenierInnen und kurdInnen abgeschlachtet. Giftgasbombenangriffe, zwangsdeportationen, völkermord etc. wird von ihnen propagiert, unterstützt und von ihren türkischen ablegern durchgeführt. wenn es darum geht armenische radio und fernsehsendungen hier in der Brd/west-berlin zu verbieten oder gedenksteine zum armenierInnenmassaker sind sie immer dicke und federführend mit dabei.

da liegt auch ihre gemeinsamkeit mit den fundamentalisten. so zogen sie gemeinsam mit ihnen vor ein paar jahren mit einer demo durch kreuzberg. Gegen die lüge vom ArmenierInnenmassaker war ihr slogan. die einen bestreiten kz und jüdInnenmassaker, die anderen 2 millionen ermordete armenierInnen. wo ist da bitte der unterschied? ihre parolen waren damals unter anderem "massakriert alle armenier und bergtürken (kurdInnen)" und "schlitzt den halbnackten deutschen frauen die bäuche auf" gemeint waren antifaschistische frauen, die an gegenaktionen teilnahmen. sie propagieren ein osmanisches reich,wo weder platz für kurdInnen und ArmenierInnen, und wenn dann höchstens als sklavinen, ist.

wie immer wenn diese organisationen auftauchen waren auch wieder die "herren" vom türkischen konsulat, die sonst türkische, armenische und türkische linke bespitzeln und schikanieren, ihnen pässe verweigern und dafür sorgen,

daß kein kurdisches kind einen kurdischen namen tragen darf, anwesend. ach ja die ableger der faschistischen grauen wölfe waren ebenfalls da. ein schönes bündnis,waa? wir sind gegen jegliche diskriminierung jedes menschen hier und überall durch das kapitalistische system, ergo auch gegen diesen erneuten ausländerInnenerlaß. wir sind bereit mit allen menschen, die antifaschistisch und antirassistisch sind gegen diesen erlaß zu kämpfen, aber nicht um den preis von bündnissen mit faschisten, kemalisten nationalisten und religiösen rechten. von vielen unserer ausländischen genossInnen und Freundinnen wissen wir, daß auch sie mit denen, die ihre nationale unterdrückung, ihre ausbeutung oder ihren tot wollen nicht auf die strasse gehen. es gibt keinerlei anlaß zu irgendeiner kritik daran!!!
ihr meint "es ist sektierertum, den beschluß, auf eine demo zu gehen, davon abhängig zu machen, was die jeweilige politische meinung der anderen ist, statt der frage: welchen objektiven stellenwert hat der kampf, der in der demo zum ausdruck kommt und unter welchen forderungen wird die demo laufen."(s.13) das ist ebenso so platt, wie falsch. spinnen wir dieses kriterium mal weiter hätten wir im kampf gegen die startbahn 18 west mit npd, ans und natinalrevolutionären paktieren müßen. die waren ebenfalls für die rettung des waldes, für nachtflugverbot und gegen eine startbahn für die us-imperialisten...aber aus welchen gründen. oder im sog. heißen herbst gegen die mittelstreckenraketenstationierung 83. sie hatten genau diese argumente. wir haben sie zum teufel (ach nee, den gibt es ja gar nicht) gejagt.

ihr nennt die nichtteilnahme an der demo entweder rassismus oder ein dummes anhängen an militanzmythen. das ist so dumm, daß es nicht lohnt darauf weiter einzugehen. aber trotzdem nochmals: wir sind weder rassistisch, noch militanzgeil noch sehen wir die TürkInnen nicht als unrevolutionär an, wie ihr es unterstellt. wir machen nur keine bündnisse mit rechten. und erwarten vielleicht auch in zukunft einen genaueren umgang von euch damit.
zum schluß noch etwas zu euerer these: alles schuld des leninismus und der bolschewiki. da kommt nur noch plumpester antikommunismus rüber, eure analyse vom angeblichen "linken rassismus wird völlig schräg. euere frage wo die "radikale, sozialistische linke blieb" (s.12) haben wir oben bereits beantwortet. also keine frage von militanzmythos oder gar "linkem rassismus", desen grundlage ihr im leninismus sucht. wie das eurer ansicht zusammenhängt solltet ihr schon mal erklären. genauso wie eure these, daß der "linke rassismus" die folge der verdrängung der wirklichen geschichte der bolschewiki ist. ihr scheint für euch ja schon einiges klar zu haben, was, daß laßt ihr aber im dunkeln. was ein "realexistierender rassismus" ist, an dem die szene festhält, solltet ihr klarstellen. wir warten drauf.

erstmal hört es sich für uns nur so an, daß ihr euch in die lange reihe der enttäuschten linken einreiht, die jetzt nach dem zusammenbruch des realexistierenden und der momentanen schwäche der westeuropäischen linken alles auf den ach so bösen marxismus/leninismus abschieben möchte. klar haben wir jetzt auch kein patentrezept, kein so und so geht es weiter, aber es geht uns jetzt um die aufarbeitung unserer geschichte, ums lernen aus den fehlern und um eine gemeinsame perspektive daraus. da hilft uns kein plattes schuldzugeschiebe, und schon gar nicht ein so haarsträubendes.

ein punkt zb. gemeinsam mit euch und freundInnen/genoss/-Innen anderer nationalität, die erneute und schon bestehende diskriminierung von ausländerInnen zu diskutieren und mit einer gemeinsamen praxis zu verbinden, ist für uns die aktionswoche zum 1.mai und die revolutionäre 1.mai demonstration.

einige kommunistische autonome

UEN GEWALT GEGEN FRAUEN ' GEWALT GEGEN FRAUEN' GEWALT GEGEN FRAUEN' GEWALT GEGEN

revolutionäre linke männer und ihr "privatleben"!!!!!!!!!

b e s c h r e i b u n g v o n normalem s z e n e t y p e nverhalten

- mann tut sich hervor durch radikalintellektuelles geblubber
- gerede auf vollversammlungen,in politgruppen usw.("unser" konkreter fall war in einer politgruppe,in der er keine frauen dabeihaben wollte,damit wie er sagte:"das intellektuelle niveau der gruppe nicht gesenkt werden müsse")
- mann reproduziert sich zu hause von der politischen tätigkeit vor PORNOS WICHSEND
- insbesondere frauen die mann aus politischen zusammenhängen (flüchtig) kennt werden zur WICHSVORLAGE ERNIEDRIGT,(ER bewertet frauen total selbstverständlich nach PLAYBOY-FIGURSCHEMA:" die bräuchte mehr busen,die 'nen größeren po,die ist zu dick,die zu dünn...")
- mann geht zur therapie (für IHN muß es ein freudentag gewesensein,als ER von seiner therapeutin versichert bekam,daß es keine Vergewaltigung gäbe; Therapeutin:"frauen können gar nicht vergewaltigt werden,da ihr schließmuskel ein gewaltsames eindringen verhindern kann(KOTZ/WÜRG!!))
- nach längst beendeter beziehung schickt mann der frau briefe mit seinen eigenen VERGEWALTIGUNGSPHANTASIEN (ER:" ich will ja nicht über dich verfügen, noch gewaltsam in dich eindringen, aber ich stehe ständig in gefahr, es bewußt oder unbewußt zu tun).
  (ER schickte selbst nach 1o monaten noch einen brief, mit dem satz " das und die tiefen erlittenen verletzungen machen einen aggressiv und wie...!")
- wir haben nun "unserem Fall" einen Hausbesuch abgestattet, der JEDER ZEIT WIEDERHOLT WERDEN KANN.

SEINE namensnennung halten wir uns für weitere veröffentlichungen offen!

FRAUEN LASST ES EUCH NICHT LÄNGER GEFALLEN!!
MACHT "PRIVATES" ÖFFENTLICH !!

EINIGE AUTONOME UND ANTIPATRIARCHALE

LESBEN UND NICHT LESBISCHE FRAUEN

GEWALT GEGEN FRAUEN' GEWALT GEGEN FRAUEN' GEWALT GEGEN FRAUEN' GEWALT GEGEN

RECHTER TERROR IN OSTBERLIN UND DDR

Nach dem Fußballspiel am Dienstag, 3.4.9o, in Ost-Bärlin waren wir, einige autonome AntifaschistInnen aus Bärlin-West, in der besetzten Kastanienallee 86; dort standen 3 LKWs mit ca. 3o Bullen, gut ausgerüstet. Angeblich wollten sie das Haus schützen vor Fußball-Hooligans. Sie sagten uns aber auch, im "Falle eines Falles" würden sie uns zusammen mit den Faschos in einen Elli sperren.
Der Joint venture der Bullen hat offensichtlich schon feste Formen angenommen... Aber wir hatten auch nix anderes erwartet !!!
Im Haus waren ca. 3o Leute aus Ost und West. Da sie mit einem Fascho-Überfall rechneten, hatten sie auch schon mehrere Säcke K A R T O F F E L N bereitzustehen. Nicht um eine Kartoffelpartie zu feiern, sondern um damit zu werfen. Wir dachten erst, es gäbe nix anderes. - Aber weit gefehlt, der halbe Hof lag voll von "Bernburger Pflaster" und dergleichen. Als wir mal nachfragten, warum denn Kartoffeln, wurde uns geantwortet, daß sie ja keinen Menschen verletzten wollten.

Wir zogen es dann aber vor, die Örtlichkeit zu wechseln.

Bis zum Alex lief uns die eine oder andere Glatze über den Weg, die aber sogleich das Weite suchten.
Am Alex standen wider jede Menge Bullen, auch mit Maulkorb-Hunden. Es waren einige Geschäfte entglast. Also waren die Faschos schon vor uns dagewesen.
Wir gingen vom Bahnhof in Richtung Rotes Rathaus. - Aber dann hatten wir den "Kartoffel" Salat !!! Aus der Einkaufspassage stürmten ca. 4o, mit Totschläger und Ketten bewaffnete Faschos auf uns zu. Da wir aber keine Kartoffeln oder dergleichen mithatten, zogen wir es vor, uns zurückzuziehen.
Es blieb aber leider nicht aus, daß einige von uns ziemlich übel verletzt wurden.

Wir haben es einfach s a t t, wegen der angeblich "nicht geklärten Gewaltfrage" uns trotz Morden an AusländerInnen, schweren Verletzungen durch Fascho-Überfälle und underen Erfahrungen als Randalierer bezeichnen zu lassen, und das noch aus teilweise "eigenen Reihen".

Damit i h r was zum W a c h w e r d e n habt, sei E u c h dieser "Junge Welt"-Artikel empfohlen.

Rechter Terror reißt nicht ab!

Im Zusammenhang mit dem Fußballspiel FC Berlin-Energie Cottbus kam es am 17.März zu neofaschistischen Ausschreitungen in Berlin. Wieder einmal waren das besetzte Haus Schönhauser Allee 20/21 und der Rat-Pub in der Kastanienallee das Ziel. Letzterer wurde gegen 15 Uhr aus einer vorbeifahrenden Straßenbahn mit Pyro-Geschossen unter Beschuß genommen. Es gingen Scheiben zu Bruch. Nach dem Fußballspiel zogen 300 Neonazis vor das besetzte Haus in der Schönhauser Allee 20/21. Sie konnten nicht eindringen, da die Besetzer als bevorzugtes Ziel ihre Türen verbarrikadiert haben. Die zum größten Teil sehr jungen Fußballanhänger brüllten "Rotfront verrecke", "Rote raus", "Kommt runter, wir machen Euch platt!" und ähnliches. Das Haus wurde mit Steinen beworfen, einige Scheiben gingen zu Bruch, die Insassen warfen aus den Fenstern mit Flaschen und Steinen. Nach ca. 10 min. kam dann ein großes Aufgebot Polizei, mit Knüppeln und Hunden ausgerüstet, zum Einsatz. Es dauerte etwa eine halbe Stunde, bis sie die Lage im Griff und die Neonazis auseinandergetrieben hatten. Einzelne, unter ihnen auch Westler, wurden kurzzeitig festgenommen.

Die auseinandergetriebenen rechten Fußballanhänger sammelten sich auf dem Alex und randalierten dort weiter. Anhänger einer ihnen nicht sympathischen Jugendszene, Gruftis, wurden überfallen und verprügelt. Zeugen forderten in der Nähe stehende Polizisten vergeblich zum Eingreifen auf. "Die hören auch wieder auf!", meinten die Hüter des Gesetzes. Etwas später wurden dann doch Polzeikräfte zusammengezogen, die Neonazis erneut auseinandergetrieben und einige kurzzeitig festgenommen.

Gegen Abend klirrten dann wieder Scheiben in der Schönhauser Allee 20/21. Ca. 30 Jugendliche starteten einen zweiten kurzen Anriff auf das Haus. Auf dem Rückweg wurden sie von einem Funkwagen gestellt. Bei dem Versuch, einige festzunehmen, wurden die Polizisten von den Nazis angegriffen und einer krankenhausreif geschlagen. Wie es später hieß, handelten sie ohne Befehl.

Die Ereignisse zeigten erneut, daß die Gefahr von Rechts durchaus kein hohles Gespenst ist, und daß es schwer ist, ihr mit Polizeimaßnahmen Herr zu werden, sofern dazu überhaupt noch der Wille besteht. Schon heißt es von Seiten des Rates des Stadtbezirks, im Hause Schönhauser 20/21 hätte die Belegschaft gewechselt. Die dort jetzt wohnenden zögen Nazis nach Prenzlauer Berg. Nach alter Manier ist also wieder mal das Opfer selbst schuld. Kein Wunder, wenn die Bewohner der angegriffenen Objekte sich nicht auf die Polizei verlassen, sondern ihren eigenen Selbstschutz organisieren. Genau das versucht man nachträglich zu diffamieren. So äußerte der Polizeichef des Stadtbezirks gegenüber der "taz": "...die da in dem Haus wohnen,

WIDERSTAND HAT VIELE GESICHTER





AKTIONSTAGE

Rest - Berlin

Sa 21.4. **Antifa**
20 Uhr Filme und Volxküche in der Marchstr.

So 22.4. **"Hau den Lukas"**
14 Uhr Straßenfest gegen die Umstrukturierung auf dem Kinderbauernhof Adalbertstr.

Mi 25.4. **Veranstaltung zum 1.Mai** in der FU–Rostlaube Habelschwerdter Allee
20 Uhr Knastkundgebung zum Hungerstreik vor der JVA Moabit

Fr 27.4. **"Wohnung darf keine Ware sein"**
Beherztes Stadtspiel zu Orten unserer Begierde
11 Uhr Sammelpunkt und Kundgebung am Heinrichplatz
17 Uhr am Kranzlereck: Zentrales Beisammensein gegen die gemachte Wohnungsnot

feste feiern in der Marchstraße
16 Uhr Kinderfest im Hüttendorf
20 Uhr Platzkonzert und Überraschungen

Sa 28.4. **Internationaler Aktionstag gegen Shell**
12 Uhr Winterfeldtplatz/Kirche
Stadtspiel mit Fahrrädern und allem, was Krach und Spaß macht

So 29.4. **"Für eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Knäste"**
Anti–Knast Stadtrundfahrt
13 Uhr Bus Abfahrt am Oranienplatz
Kartenvorverkauf für 10 Mark im Buchladen Oranienstr. 21

"Der Todesstreifen wird zum Volxpark"
Aufruf zur kreativen Gestaltung des Mauerstreifens
10 Uhr Potsdamer Platz

Ausserdem

Do 26.4. bis Mo 30.4. **Berliner Frühling** am Potsdamer Platz
Veranstaltungen und Diskussionen zur Zukunft des Mauerstreifens
Initiativen zum Mauerstreifen stellen sich vor
Utopien sind erwünscht!

Wedding bebt - Wedding lebt

Sa 21.4. **Frauentag** im "Rat und Tat" (Nur für Frauen)
15.30 Veranstaltung
20 Uhr Frauenfete

So 22.4. **Gegen Gentechnologie und Reproduktionsmedizin**
Zur Situation im Rudolf Virchow Krankenhaus
15 Uhr Veranstaltung in den Räumen der TFH
18 Uhr Volxküche bei den Zorros (Grüntaler Str. 38)

Mo 23.4. **Gegen Wohnungsnot und Umstrukturierung**
14.30 Fahrrad-Kiezdemo Treffpunkt Leopoldplatz
16 Uhr Fest auf dem Sparrplatz

Di 24.4. **Gegen Sozialabbau**
9 Uhr **Gegen Ausgrenzung, Willkür und Kontrolle**
Treff vor dem Sozialamt Wedding (Müllerstr. 146)
15 Uhr Film im "Rat und Tat"
18 Uhr **Wir schlemmen wie die Bonzen**
Kiezküche voraussichtlich in der Prinzenallee 58
20 Uhr **Ausgrenzung und Zwang zur Arbeit**
Infoveranstaltung zur Situation von SoziempfängerInnen, Behinderten und JobberInnen in der Prinzenallee 58

Do 26.4. **Gegen Rassismus**
10 Uhr Kundgebung vor der AusländerInnenbehörde (Friedrich Krause Ufer)
18 Uhr **Weg mit dem Dreck**
Trommeln auf dem Leopoldplatz gegen AusländerInnengesetze
20.30 Infoveranstaltung zu **Südafrika** und dem **Shell-Boykott** im "Rat und Tat"

Fr 27.4. **Kiez VV** zum 1. Mai in der Weddingstr. 6

Sa 28.4. **Internationaler Aktionstag gegen Shell**
Gegen AusländerInnenfeindlichkeit und Diskriminierung
10 Uhr Volxküche auf dem Leopoldplatz mit Essen, Trinken, Infos, Theater, Musik; und Inhalte
13 Uhr Mitmachtheater für Kinder
19 Uhr Antifafete in der "Putte" (Fabrik Osloer Str. 12)

Das **"Rat und Tat"** ist in der Liebenwalder Str. 16

PA 58
PRINZENALLEE 58

PUTTE
FABRIK OSLOER STR. 12

TFH
LUXEMBURGER STR.

ALLE TAGE 1. MAI